

Wöchentlich 10 Pfennig monatlich 3.- Reichsmark im voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 3.50 Reichsmark pro Monat.

Das „Vorwärts“ mit der Illustration Sonntagsbeilage „Woll und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Himmels-“, „Stadtblätter“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Bücherwelt“, „Kulturarbeit“ und „Lohnarbeit“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einzeln.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einblättrige Sonntagsbeilage 10 Pfennig. „Kleine Arbeiter“ das letzte Heft der 25. Nummer (jeweils zwei Heftnummern) jedes weitere Heft 12 Pfennig. „Stadtblätter“ das erste Heft 15 Pfennig, jedes weitere Heft 10 Pfennig. „Frauenstimme“ 10 Pfennig. „Jugend-Vorwärts“ 10 Pfennig. „Bild in die Bücherwelt“ 10 Pfennig. „Kulturarbeit“ 10 Pfennig. „Lohnarbeit“ 10 Pfennig. wochentlich von 6 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Fönhöf. 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3

Gesplers Abschied.

Die Suche nach dem Nachfolger.

Es scheint festzustehen, daß Gespler beim Wiederauftritt des Reichstags dem Kabinett nicht mehr angehören wird. So darf man annehmen, daß auch in den wenigen Tagen bis dahin die Frage gelöst sein wird, wer seinen Platz im Reichstag vertreten soll. Die Volkspartei war sehr eilig, ihre Kandidatur anzumelden. Sie beruft sich darauf, daß ihr bei der Bildung des Bürgerblocks für den Reichswehrminister zugesprochen worden sei. In der Presse werden auch gleich drei Kandidaten aus ihren Reihen genannt, nämlich Dr. Scholz, v. Kardorff und daneben auch etwas verschämmt der unvermeidliche Herr Brüninghaus, der Zigarrenadmiral und Sachverständige für die Entsehung von Marinerebellionen.

Gegen die Ernennung eines dieser Herren zum Reichswehrminister wird jedoch eingewandt, daß vielleicht schon in ein paar Monaten, nämlich nach den Wahlen, alles anders sein wird. Ein zu rascher Wechsel der verantwortlichen Leitung gerade bei der Reichswehr wird als besonders unangenehm empfunden. Und wie sollte sich auch ein Minister die nötige Autorität verschaffen, wenn man ihn von vornherein annimmt, daß er vielleicht nur wenige Wochen im Amte bleiben wird? Man hat auch keine Lust, in der letzten Zeit vor den Wahlen, die Angriffsflächen, die das Bürgerblockkabinett sowieso bietet, dadurch zu vergrößern, daß man einen ausgesprochenen Rechtsmann als Reichswehrminister auf die Regierungsbank setzt.

Aus solchen Erwägungen ist der Gedanke entstanden, das freierwerbende Portefeuille in der Weise zu vergeben, daß die Absicht, nur eine Stellvertretung auf Zeit zu

schaffen, ohne weiteres erkennbar wird. Man denkt daran, einen der im Amte befindlichen Minister bis auf weiteres auch mit der Führung des Reichswehrministeriums zu betrauen. Als solcher käme in erster Linie der Reichskanzler Marx selbst in Frage, der ja nebenbei auch schon das Ministerium für die besetzten Gebiete verwaltet.

Daß dieser Plan einer sogenannten „Zwischenlösung“ der Rechte nicht gefällt, ist begreiflich. Die Rechte will von Neuwahlen nichts wissen, sie will sich in der Regierung so häuslich einrichten, als ob sie für alle Zeit dableiben sollte. Also möchte sie am liebsten den freierwerbenden Posten sofort besetzen, und zwar mit einem Mann nach ihrem Herzen, der — weil man die Reichswehr nicht „beunruhigen“ darf — auch dann nicht wegeht, wenn Neuwahlen die Notwendigkeit zur Bildung einer neuen Regierung ergeben. Es macht ihnen wenig aus, daß eine solche Vorwegnahme der Entscheidung durch das Volk dem Geiste der demokratischen Verfassung widerspricht.

Wie also die Gespler-Krise gelöst werden wird, steht dahin. Formal steht die Sache so, daß der neue Minister auf Vorschlag des Reichskanzlers durch den Reichspräsidenten zu ernennen ist. Die Entscheidung wird also in Besprechungen zwischen diesen beiden Personen fallen. Im übrigen mögen sich die Herren des Bürgerblocks ihren Kopf darüber zerbrechen, wie sie dieses heikle Problem lösen wollen. Unsere Sache ist es, den Kampf gegen den Bürgerblock und seinen Reichswehrminister zu führen und eine Wahlentscheidung vorzubereiten, die die Ueberlassung des Reichswehrministeriums an einen Gegner der Republik oder an einen Unzuverlässigen ausschließt.

Klärung in der Schwerindustrie?

Das Ergebnis der Verhandlungen von Essen.

Essen, 13. Januar. (WIB.)

Die Besprechung über die Durchführung des Schiedspruches für die Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, die am Dienstag, dem 10. d. M., im Reichsarbeitsministerium begonnen hatte, wurde heute in Essen in einer kleinen Kommission aus Vertretern der Industrie und der Gewerkschaften unter Beteiligung der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des Handelsministeriums und des Schlichters fortgesetzt.

In der Mehrzahl der noch strittigen Punkte wurde hierher eine Verständigung erzielt. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß hierdurch die in einzelnen Punkten zurzeit noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien in Kürze behoben sein werden. Im Uebrigen sind die noch vorhandenen Differenzen, gemessen an der gesamten Bedeutung des Schiedspruches, so geringfügig, daß durch sie die Durchführung im ganzen in keiner Beziehung in Frage gestellt ist.

Notwendige Fortschritte.

Sozialpolitische Anträge unserer Fraktion im Reichshaushaltsausschuß angenommen.

In der Freitagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde der Etat des Reichsarbeitsministeriums besprochen. Die Genossen Hoch und Aufhäuser begründeten sozialdemokratische Forderungen. Genosse Hoch besprach das Gebiet der Arbeiterversicherung. Er forderte Ausbau der Unfallversicherungen in der Landwirtschaft und wies auf die Vertrauenskrise in der Rechtsprechung der Oberen Versicherungsämter und der Versorgungsgerichte hin. Er legte eine Entschließung vor, die Lohnpfändungsgrenze zu erhöhen.

Genosse Aufhäuser besprach die Verhältnisse über die Lage der älteren Angestellten und führte aus, daß gesetzliche Maßnahmen geschaffen werden müssen, um eine Beschäftigungspflichtung durch die Arbeitgeber festzusetzen. Er verwies ferner auf die rechtliche Benachteiligung der technischen Angestellten gegenüber den Angestellten und forderte für die Arbeiter und Angestellten ein Vorpfändrecht für den Fall des Konkurses des Arbeitgebers.

In den folgenden Abstimmungen wurde die sozialdemo-

kratische Entschließung auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs angenommen, der zur Sicherung der Existenz der älteren Arbeiter und Angestellten die Leistungen des Unteranspruches vorwirklichen soll.

Ebenso wurden die sozialdemokratischen Anträge wegen Erhöhung der Lohnpfändungsgrenze und für Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur rechtlichen Gleichstellung der Techniker mit den übrigen Angestellten angenommen.

Polen drängt auf Verhandlungen.

Ueberreichung der Note in Kowno.

Kowno, 13. Januar.

Der Sonderkurier der polnischen Regierung, Graf Adam Larnowski, hat heute dem Ministerpräsidenten Woldemaras die bereits angekündigte Note der polnischen Regierung überreicht, in der um den baldigen Beginn der seltenerzeit in Genf für Mitte Januar vereinbarten direkten polnisch-litauischen Verhandlungen ersucht wird.

In der Note wird kein konkretes Arbeitsprogramm vorgelegt, da dieses erst an Ort und Stelle vereinbart werden soll. Polen schlägt als Ort der Konferenz Riga vor.

Opposition gegen Woldemaras in den Schützenvereinen.

Kowno, 12. Januar. (DE.)

Die litauischen Schützenvereine galten bisher neben dem Offizierkorps als die härteste Stütze der Woldemaras-Regierung. Wie es scheint, machen sich in neuester Zeit auch in diesen Verbänden oppositionelle Regungen bemerkbar. Vor allem tona die Regierungspresse darüber nicht hinwegkommen, daß der Leiter des Gesamtverbandes der Schützenvereine ein Linkspolitiker ist. Offenbar sind gewisse Ausführungen des offiziellen „Lietuvis“ gegen diesen Politiker gerichtet, die im Zusammenhang mit der Eröffnung des Schützenhauses in Kowno gemacht werden: in die Schützenvereine verlocken „gewisse parteipolitische Elemente“ einzudringen, die Führung an sich zu reißen usw. Die Verbände müßten aber streng national bleiben und alle international eingestellten Persönlichkeiten zurückweisen.

Helft den Arbeitslosen!

Notwendige Änderungen in der Krisenfürsorge.

Die Zahl der Arbeitslosen hat die erste Million schon wieder erheblich überschritten. Das spiegelt sich auch in dem starken Anschwellen der Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung wider, obwohl bei weitem nicht alle Arbeitslosen Unterstützung erhalten.

Die alte Krisenfürsorge, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bestand, war im Grunde genommen nur eine Fortsetzung der alten Erwerbslosenfürsorge. Hatte der Arbeitslose 52 Wochen Unterstützung erhalten, so konnte er in die Krisenfürsorge übergeführt werden. Diese Krisenfürsorge zeigte dann mit unerbittlicher Genauigkeit die furchtbaren Veränderungen in der Struktur unseres Arbeitslosenheeres, gleichzeitig aber auch die unerhörte Tragödie Hunderttausender von Menschen schicksalen. Die Geißel der Arbeitslosigkeit traf diese arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen schon seit ungezählten Wochen, und noch immer zeigte sich kein Fünkchen Hoffnung auf Beendigung dieser Qual. Wer Briefe von Arbeitslosen zu lesen gewohnt ist, der weiß, welche Rolle in ihrem Leben die seelische Belastung spielt. Ist es da nicht Pflicht, wenigstens mit materiellen Mitteln soweit wie möglich zu helfen?

Ein paar Zahlen mögen das hier Gesagte deutlicher machen. Den günstigsten Stand in den amtlichen Ausweisen über die Zahl der Unterstützungsempfänger zeigte der 15. Oktober. Ihre Gesamtzahl in der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge belief sich einschließlich der Notstandsarbeiter auf 516 580. Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geht davon aus, daß unter normalen Verhältnissen die Höchstdauer der Arbeitslosigkeit 26 Wochen beträgt. Ist das richtig, dann war die Lage des Arbeitsmarktes auch beim günstigsten Stand der Unterstützungsempfänger außerordentlich schlecht, denn über die Hälfte waren mehr als 26 Wochen arbeitslos. Davon waren 54 987 über 26 bis 30 Wochen, 30 675 über 30 bis 32 Wochen, 37 555 über 32 bis 35 Wochen, 31 028 über 35 bis 38 Wochen, 27 342 über 38 bis 41 Wochen und 16 865 über 41 Wochen arbeitslos; der Rest war bei Notstandsarbeiten beschäftigt.

Die auf Grund des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom Reichsarbeitsminister erlassene neue Krisenfürsorge enthält nicht nur die langfristigen Arbeitslosen, sie erstreckt sich auch auf alle Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf Versicherungsleistungen haben, weil sie nur eine versicherungspflichtige Beschäftigung von 13 Wochen ausübten. Das starke Anschwellen der Unterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist wohl fast ausschließlich auf den Zugang solcher neuer Arbeitslosen zurückzuführen. Es zeigt sich, daß die zurückliegende Hochkonjunktur nicht einmal dazu ausreichte, den Versicherten eine versicherungspflichtige Beschäftigung von 26 Wochen zu ermöglichen. Diese nunmehr von neuer Arbeitslosigkeit Betroffenen haben infolgedessen keinen Anspruch auf die Versicherungsleistungen, sie erhalten nur die Krisenunterstützung, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen. Eine dieser Voraussetzungen ist auch das Vorliegen der Bedürftigkeit. Früher galt sie ganz allgemein, um eine Unterstützung zu erhalten. Durch das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat der größte Teil der Arbeitslosen, wie die Entwicklung der letzten Wochen bei den Empfängern von Versicherungsleistungen zeigt, einen Rechtsanspruch auf Unterstützung. Diese Tatsache erledigt das blöde Geschwätz der Kommunisten, die unsere Zustimmung zu dem Gesetz als „Berrat an der Arbeiterklasse“ zu denunzieren versuchen. Nach kommunistischer Logik wäre die allgemeine Beibehaltung der Bedürftigkeitsprüfung, die bei Nichtzustandekommen des neuen Gesetzes bestehen geblieben wäre, ein Triumph für die Arbeiterklasse gewesen.

Der Grundgedanke bei der Schaffung der Krisenfürsorge war: Trennung des Risikos einer Krise von dem Risiko einer normalen Versicherung. Es kann in diesem Zusammenhang dahingestellt bleiben, ob eine solche Unterscheidung sozialpolitisch zutreffend ist. Verneint man das, dann muß die ganze Finanzierung der Lasten anders geregelt werden, als es im Gesetz geschehen ist. Ganz unhaltbar ist es jedoch, weil das Risiko der Krise aus öffentlichen Mitteln getragen wird, die Unterstützung von dem Vorliegen der Bedürftigkeit abhängig zu machen. Man kommt dann zu dem grotesken Zustand, wie er jetzt eintritt, daß Arbeitslose, die infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse nur 13 Wochen Beschäftigung gefunden haben, Unterstützung erhalten, wenn sie bedürftig sind; dagegen Arbeitslose, die 26 Wochen in Arbeit standen, in jedem Fall unterstützt werden. Es kann doch ernsthaft nicht bestritten werden, daß im ersteren Falle die Unterstützung mindestens ebenso notwendig ist. Das Gleiche gilt, wenn der Anspruch auf Versicherungsleistungen ersöpft ist. Wie ein Arbeitsloser, der 26 Wochen unterstützt worden ist, nach Ablauf dieser Zeit nicht bedürftig sein soll, ist sicher nur für Gehelmräte verständlich.

Die Heranziehung öffentlicher Mittel zur Finanzierung der Leistungen der Sozialversicherung ist auch in anderen Zweigen üblich, ohne daß deshalb der Rechtsanspruch auf

Unterstützung befreit worden ist. Das muß auch für die Arbeitslosenunterstützung gelten.

Es kommt hinzu, daß die Bedürftigkeitsprüfung sehr häufig eine willkommene Handhabe ist, sich von der Zahlung der Unterstützung zu drücken. Das geht zwar auf Kosten der Arbeitslosen, fällt jedoch nicht weiter auf, denn die Sparsamkeit am fasslichen Platze ist eine weitverbreitete Krankheitserscheinung.

Bei der Finanzierung der Krisenfürsorge sind die beteiligten Gemeinden zur Tragung eines Teiles der Kosten verpflichtet. So wenig der Arbeitslose dafür verantwortlich gemacht werden kann, daß er schon nach kurzer Zeit seine Beschäftigung wieder verloren hat, so wenig kann die Gemeinde finanziell dafür verantwortlich gemacht werden, daß sich das in ihrem Bezirk abspielt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte bei der Beratung des Gesetzes gefordert, daß die Lasten der Krisenunterstützung vom Reich zu tragen sind. Der Reichsrat hat sich vor kurzem nochmals mit der Finanzierung der Krisenfürsorge beschäftigt und den Entwurf eines Gesetzes verabschiedet, das die gesamten Kosten der Krisenfürsorge dem Reich überträgt. So berechtigt eine solche Aenderung des Gesetzes ist, es kommt nicht nur darauf an, die Finanzierung der Krisenfürsorge zu ändern, sie selbst muß gleichzeitig den sozialen Erfordernissen entsprechend geändert werden. Neben der Befreiung des Erfordernisses der Bedürftigkeit muß insbesondere dafür gesorgt werden, daß die Krisenunterstützung in der gleichen Höhe gezahlt wird wie die Versicherungsleistungen und der Anspruch auf Unterstützung gesichert bleibt für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. Die jetzt geltende Vorschrift, daß Krisenunterstützungsempfänger in den höheren Lohnklassen einen geringeren Unterstützungssatz erhalten, muß aufgehoben werden. Es ist Aufgabe des Reichstages, bei der Beratung der Vorlage des Reichsrates in diesem Sinne die Krisenfürsorge auszubauen.

Zündender Agitationsstoff.

Enthüllungen eines deutschnationalen Juristen.

Endlich, endlich ist es gelungen, der Sozialdemokratie hinter die Schliche zu kommen. Dem juristischen Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“ gebührt das Verdienst dieser Tat. Er teilt der aufstrebenden Welt mit, daß die Sozialdemokratie die Strafrechtsform zu vereiteln suche, nicht etwa, weil ihr der Entwurf zu schlecht, sondern weil er ihr — zu gut und zu fortschrittlich sei! Zitternd teilen wir mit, was der Bäckere über die geheimsten Gedankengänge der Partei enthüllt:

Aber vielleicht ist der Sozialdemokratie, der Partei der strupeligen Agitation, der Fortbestand unseres alten und veralteten Strafrechtbuches gar nicht so unwillkommen. ... Es sehen sich manche Härten dieses alten Strafrechts agitatorisch immer wieder so dankbar ausnützen; es ließ sich so wacker auf Richter und Gerichtsschimpfen, und die Verteidigung der „Unschuld“, der Hinweis auf ungleiche Strafen und unbefriedigende Urteile gaben den zündendsten Agitationsstoff! Wenn jetzt ein neues modernes Strafrecht den Richter von den Fesseln des Buchstabens befreit, ... womit soll dann die Sozialdemokratie wie bisher diesen Agitationsbedarf decken?

„Wo nicht, woher auch wir, womit soll die Sozialdemokratie ihren Agitationsbedarf decken, wenn das neue Strafrecht mit seiner privilegierten Richtermilitär von unsfern so bewährt, so überaus fortschrittlich, so ganz und gar republikanischen Richtern gehandhabt wird?! — Im übrigen wollen wir lieber darauf verzichten, diese geistige Weltma zu zerschlagen zu charakterisieren. Denn wenn es darüber zum Prozesse käme, so könnte ihr Urheber mit Fug für sich das geistige Armenrecht in Anspruch nehmen.“

Schulgesetz und Konkordat.

Reichsgesetzliche Sicherung des bayerischen Konkordats.

Im Bildungsausschuß des Reichstages stellte gestern Gesandte Dr. Löwenstein fest, daß der von der Volkspartei eingebrachte Antrag zu § 16a das bayerische Konkordat in bezug auf die kirchliche Schulaufsicht reichsgesetzlich sichere. Der Art. 8 des bayerischen Konkordats lautet:

„Die Beaufsichtigung und Leitung des Religionsunterrichts an den Volksschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten werden der Kirche gewährleistet (geistliche Schulaufsicht).“

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Schreiber versuchte durch eine Art kulturpolitischer Begründung die machtpolitischen Ansprüche des Zentrums zu verdecken und mit der Verfassung in Einklang zu bringen.

Der Ausschuß setzt heute seine Beratungen fort.

Der sozialistische Block in Polen.

Äußerungen eines Führers der PPS.

Th. L. Warschau, Anfang Januar.

Die bevorstehende Parlamentswahl in Polen wird darüber entscheiden, ob die Rechtsstellung Polens sich durch konsequente Zurücksetzung des Parlaments zu einer offenen Diktatur entwickeln oder ob sie einer parlamentarisch-demokratischen Staatsform weichen wird. Für den Wahlkampf haben sich die deutschen und die polnischen Sozialisten in Polen zu einem Wahlblock zusammengeschlossen und damit gezeigt, daß auch nationale Verschiedenheiten durch die gemeinsame sozialistische Bestimmung überbrückt werden können. Bei der vorigen Wahl gingen die deutschen Sozialisten mit dem sogenannten Minderheitsblock zusammen, der damals sämtliche nationale Minderheiten ohne Rücksicht auf ihre sozialen Interessen umfaßte. Die sozialen Gegensätze innerhalb des Blocks haben sich jedoch stärker als das Minderheitsbündnis erwiesen und ferner hat die Tätigkeit dieses Blocks gezeigt, daß er nicht nur den Minderheitenschutz nicht vorwärts bringt, sondern den nationalen Gegensatz zum Polentum noch stärker betont hat. In diese Mauer der nationalen Gegensätze legt der Wahlblock der deutschen und polnischen Sozialisten eine Brücke, die zu erweitern, Hauptaufgabe der künftigen parlamentarischen Zusammenarbeit sein wird. Genosse Niedzialkowski, Chefredakteur des „Robotnik“, äußerte sich hierüber auf Bitte Ihres Korrespondenten wie folgt:

„Das Zustandekommen des Wahlbündnisses zwischen der polnischen Sozialistischen Partei und der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei, Polens ist als politisches Ergebnis allererster Bedeutung zu bewerten. Das Minderheitenproblem spielt in innerpolitischen Leben des polnischen Staates eine gemaltige Rolle. Die Lösung dieses Problems auf dem Wege der „Gnade“

Der Fall von Port Arthur.

Das Werk käuflicher Zarenoffiziere.

Wir berichten leithin, daß drei ehemalige Offiziere der Zarenarmee in London einen Zivilprozeß gegen den japanischen Staat angestrengt haben, der ihnen den feinerzeit vereinbarten Lohn für den Verrat nicht zahlen will, durch den die Seefestung Port Arthur im Krieg von 1904 in die Gewalt der Japaner fiel, was den Krieg eigentlich schon entschieden hat.

Die „Frankfurter Zeitung“ gibt nun aus einem 1913 geschriebenen Bericht des einen dieser Offiziere namens Igor v. Tiliński an einen Schweizer Anwalt folgendes wieder:

Die drei Offiziere, außer Tiliński noch Alexander Theodorow und Wladimir Worstky, seien Revolutionäre und überzeugt gewesen, daß dem Zarismus eine Niederlage im Krieg bereitet werden müsse, um für Rußland eine parlamentarische Verfassung zu erreichen. Th. und W. lieferten daher dem japanischen Geheimdienst Pläne über die Seeminen von Port Arthur und Wladimirost, nachdem sich die japanische Regierung durch einen provisorischen Kontrakt verpflichtet hatte, für diese Pläne

138 Millionen Yen

unter gewissen Bedingungen, von denen eine war, daß Japan den Sieg davontrage, zu bezahlen. Igor v. Tiliński stellte die Mittel zur Verfügung, die für die Reisen nach Japan notwendig waren. Zur See hat in der Folge Rußland eine katastrophale Niederlage erfahren, die nur erklärlich ist, wenn man in Betracht zieht, daß die russische Flotte direkt auf die Seeminen hinauszufuhr, und zwar infolge der verschobenen Seeminensfester.

Nach dem Kriege begab sich Theodorow und Worstky nach Nagasaki, um den provisorischen Vertrag in einen definitiven Kontrakt umzuwandeln. Das ging glatt von statten, und zwar erhielten sie von der japanischen Regierung einen

definitiven Hauptkontrakt und drei Schuldurkunden über je 46 Millionen Yen, zahlbar am 22. März 1915.

das heißt zehn Jahre später.

Als die beiden Russen nach vollzogenem Vertragsempfang zur Dampferstation gingen, wurden sie von hinten

beschossen und Worstky getötet.

Theodorow entkam mit den Papieren auf das Schiff. Tiliński ist begrifflicherweise überzeugt, daß jener Feuerüberfall die Papiere wieder in japanischen Besitz bringen sollte. Der Vertrag bestimmt, daß der Tod eines oder zweier der Offiziere die Zahlungsverpflichtung Japans nicht verringert, dann haben die beiden oder der eine Ueberlebende alles zu erhalten.

Den Hauptvertrag (in der englischen Ausfertigung mit den japanischen Unterschriften) sowie seine Schuldurkunde auf 46 Millionen Yen hat Tiliński 1913

bei einem Notar in Loujanne hinterlegt.

der die Dokumente in ein Stoffsäckchen der Schweizerischen National-

bank zu Loujanne verschlossen hat. Eine Genfer Gruppe hatte sich verpflichtet, Tiliński gegen einen erheblichen Gewinnanteil eine gewisse Summe auf die Papiere zu verschaffen unter der Bedingung, daß er den Schlüsselkontrakt herbeischaffe. Damals glaubte Tiliński bestimmt im Hinblick auf die Jubiläumfeier des Hauses Romanow eine Amnestie zu erlangen. Tiliński war Emigrant wegen einer politischen Affäre; von der japanischen Sache mußte die russische Regierung damals wohl noch nichts. Die Amnestie für Landesverrat erfolgte jedoch nicht.

Der Hauptkontrakt, der in Odessa damals (1913) unter Siegel wohl verwahrt lag, enthält die Namen der drei russischen Offiziere und ist das einzige Dokument, das die beiden Ueberlebenden und auch den Verstorbenen mit Namen nennt. Sowohl die drei Schuldurkunden als auch die Vertragsübersetzungen enthalten keinen Namen. Daraus erklärt es sich, warum Theodorow in Odessa den Hauptkontrakt nur herausgeben wollte, wenn Tiliński ihn persönlich abholte. Auf welche Weise Tiliński schließlich in den Besitz des Schlüsselkontrakts kam, wird nicht gesagt.

Das Original der Schuldurkunde ist zurzeit bei der Bankfirma Horace u. Co. in London deponiert.

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt an dieser Stelle die photographische Wiedergabe dieses Hauptvertrags, der japanisch geschrieben ist und besagt:

Vertrag über 46 Millionen Yen Gold. Diese Summe geht auf einen anderen Vertrag zurück, der in den Jahren 1904 bis 1906 abgeschlossen wurde. Wenn dieser Vertrag getreu nach allen Verpflichtungen ausgeführt wird, dann wird die obige Summe als Belohnung dafür am 22. Mai 1915 durch die Japanische Bank (Name unleserlich) an den Ueberbringer dieses Dokumentes ausbezahlt. Sofern er sich den Bedingungen des Hauptvertrags gemäß ausweisen kann, ges. am 7. Juli 1904 in Tokio.

Obwohl die Echtheit des obigen Dokuments von der japanischen Botschaft in London und der Japanischen Bank anerkannt sein soll, bestehen berechtigte Zweifel an der Echtheit der Unterschriften. Zunächst muß es befremden, daß die japanischen Unterschriften nicht in japanischer, sondern lediglich in lateinischer Schrift gezeichnet worden sind. Zum anderen ist es verdächtig, daß die Unterschriften auf dem Kopf stehen. Es wäre denkbar, daß sie entweder nachträglich von jemand gefälscht worden seien, der kein japanisch verstand, oder aber es wäre der Echtheit angebracht, daß die japanischen Unterschriften des Dokumentes die Unterschriften verkehrt angebracht hätten mit dem böswilligen Hintergedanken, die Gültigkeit späterhin zu bestreiten. In jedem Falle wird das Gericht, das über die Ansprüche der Besitzer dieses Millionen-Schecks zu befinden hat, einige harte Risse zu machen haben.

Kelloggs Antwort an Briand.

Kein Pakt zu zweien, sondern nur allgemeiner Antikriegspakt. — Vorschlag eines Meinungsaustausches mit allen Großmächten.

Paris, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Der Quai d'Orsay hat am Freitag den Text der amerikanischen Note über den Antikriegspakt veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß die optimistischen Informationen der Pariser Presse den Tatsachen nicht entsprechen.

Kellogg geht in seinem Schreiben zunächst über den französischen Vorschlag eines zweiseitigen Abkommens hinweg und erklärt, daß die beiden Regierungen darüber einig wären, einen allgemeinen Vertrag zwischen den Hauptmächten der Welt schließen zu wollen. Vorverhandlungen darüber, die sich auf Frankreich und die Vereinigten Staaten beschränken, müsse er jedoch ablehnen. Ein solches Verfahren könne zur Folge haben, daß ein Vertrag zustande käme, der zwar in Paris und in Washington annehmbar erscheine, jedoch aus irgendeinem Grunde von den anderen Großmächten abgelehnt würde. Da aber Frankreich ebenso wie die Vereinigten Staaten die Sache des Friedens nicht gefährden wollten, dürfte die französische Regierung wohl bereit sein, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und den anderen Großmächten über die Grundlagen des vorgezeichneten Paktes zu verhandeln. Kellogg stellt dann weiter fest, daß der ursprüngliche Vorschlag Briands vom Juli vorigen Jahres keinerlei Beschränkung oder Qualifizierung des zu kommenden Krieges enthalten habe. Es sei

irgendeiner Regierung herbeizuführen, ist ebenso unmöglich wie auf dem Wege eines Kampfes der betreffenden Minderheitsgruppe. Der einzige mögliche Weg zu seiner Lösung ist

das Zusammenarbeiten des Mehrheitsvolkes mit den Minderheitsvölkern.

da sonst das gesamte politische Leben im Zeichen des Nationalitätenkampfes stehen, das reale Kräfteverhältnis verunkelt, die normale Entwicklung der sozialen Kämpfe verhindert werden wird. Bei dieser Zusammenarbeit handelt es sich vor allem um eine solche der sozialistischen Parteien und des Wahlbündnis der polnischen und deutschen Sozialisten hat in dieser Beziehung zuerst das Eis gebrochen. Der Kampf um die Rechte für die deutsche Minderheit in Polen beginnt von jetzt ab gemeinsamer Kampf des polnischen und deutschen Sozialismus zu sein, untrennbar mit der Gesamtheit des Kampfes um die Demokratie und die Befreiung der Arbeiterklasse verbunden. Gleichzeitig wird damit die Annäherung innerhalb der Arbeiterbewegung als einer Klassenbewegung erreicht. Der tägliche Kampf des Proletariats um die Lebenshaltung, um die Arbeits- und Lohnverhältnisse wird durch die Zusammenarbeit gestärkt, erhält neue Schlagkraft und neue Energie. Was das Problem der deutschen Minderheit in Polen betrifft, so sind zwei Punkte festzustellen: 1. die Verwirklichung der Verfassungsvorschriften, die der deutschen Minderheit genau festgelegte Rechte garantieren, 2. die Organisierung des inneren Lebens der deutschen Minderheit im Rahmen des polnischen Staates. Der erste Punkt umfaßt die rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung, die Freiheit der Entwicklung von Sprache und Schulwesen, der ganzen nationalen Kultur. Der zweite Punkt betrifft die national-kulturelle Autonomie, die

darin im Gegenteil der unumchränkte Verzicht der Vertragsparteien auf jeden Krieg als Mittel der nationalen Politik vorgezogen worden. Dazu heißt es wörtlich:

„Ich kenne die Gründe nicht, die Ihre Regierung veranlaßt haben, diese Aenderung Ihres ursprünglichen Vorschlages anzulegen. Aber ich hoffe zuversichtlich, daß sie keine wesentliche Bedeutung haben und nicht andeuten sollen, daß die französische Regierung nicht in der Lage wäre, zusammen mit der amerikanischen die ursprüngliche Formel zum Gegenstand der Verhandlungen mit den anderen Großmächten zu machen.“

Am Schluß seiner Note schlägt Kellogg vor, den Regierungen Englands, Deutschlands, Italiens und Japans den Text des ursprünglichen Briandschen Projekts zusammen mit der bisherigen Korrespondenz zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zum Zwecke der Überprüfung und eines Meinungsaustausches zu übermitteln.

Die Antwort der französischen Regierung auf diese Note ist bereits in Arbeit. Briand wird voraussichtlich die Beschränkung des zu ächtenden Krieges auf den Angriffskrieg aufrecht erhalten und versuchen, diesen Standpunkt mit den sich aus dem Völkerbundspakt ergebenden Verpflichtungen zu begründen.

nach einer genauen und präzisen Formulierung bedarf; dieses Lösungswort muß noch mit einem ausführlichem Inhalt erfüllt werden. Ich bin sicher, so schloß Genosse Niedzialowski, daß unsern gemeinsamen Kampf und unserer gemeinsamen Arbeit ein günstiges Resultat beschieden sein wird.“

Regierungsdruck auf die Wähler.

„Robotnik“ teilt mit, daß ihm zugegangene Berichte aus verschiedenen Gegenden Polens nach genauer Prüfung folgenden Inhalt ergeben:

Die Vertreter der Behörden drohen einzelnen politischen Führern, versprochen ihnen verschiedene Dinge, so sie gebrauchten solche Mittel, wie die Ankündigung der Krediterteilung unter die kleinen Landwirte und dgl. Die Starosten (Landräte) organisieren Versammlungen und Wahlbündnisse.

Dazu schreibt „Robotnik“: Der Raubsturz ist unter der Fohung durchgeführt worden: „Es gibt zu viel Unrecht in Polen.“ Die Wahlen haben damals dieser Fohung geglaubt und sie begeistert aufgegriffen. Ist das, wovon wir schreiben, nicht ein Unrecht, das das Gewissen einer ganzen Generation verflucht?

Schilfierung deutscher Abgeordneter.

Der deutsche Sejmabg. Wito, Lehrer von Beruf, ist nach Ablauf des Mandats in den Kreis Kjece versetzt worden. Der zweite Schlag traf den Abg. Karau, der vor seiner Wahl Lehrer in Wloclawek war; er erhielt diese Stelle nicht wieder, sondern wurde nach Komjoo versetzt. Der Primas von Polen, Kardinal Dr. Hlond, hat dem bisberigen deutschen Sejmabg. Domherrn Rlinke (Posen) die Kandidatur zum Sejm verboten. Die polnischen Geiseln dagegen können kandidieren!

62 Jahre Weltverschuldung.

Amerikas Schuldenpolitik gegen Europa und Deutschland.

In Washington schlug vor acht Tagen Finanzminister Mellon trochend mit der Faust auf den Tisch. Er tobte wegen der neuen Schwindelnachrichten über eine Reparationskonferenz und Revision der Schuldenabkommen; er nannte sie allesamt einen „verdammt sinnlos“. Er aber der Vertreter des Nachrichtenkonzerns, der das nach Europa fabelte, fügte noch eine grobe, materialistische Erklärung über die Entstehung solcher Nachrichten hinzu: sie kämen von dem Bedürfnis ihrer Verfasser, bei Zeitungen Absatz für Neuzettel zu finden. Und Zeitungen sind meist kapitalistische Unternehmen, die ihrerseits auf dem Neuzettelmarkt konkurrieren... Aber bestehen denn wirklich keine Ausichten auf Revision der Schuldenabkommen und Erleichterung der Reparationslast?

Die Vereinigten Staaten hatten sich nach dem Kriege von Europa wieder fernhalten wollen, mit Woodrow Wilson, mit Clemenceau Bündnis und mit Wilsons Völkerbund auch die Beteiligung an Deutschlands Reparationen verworfen. Sie ließen die europäischen Siegermächte in Europa gewähren; schlossen bald ihren Sonderfrieden mit Deutschland, zogen ihre Truppen aus dem Rheinland zurück und hüteten sich, in der Reparationskommission und auf Reparationskonferenzen mitzubeschließen; sie waren dort stets nur durch „Beobachter“ als Zuschauer vertreten. Und mit der Rückzahlung der den „Assoziierten“

von Staats wegen vorgestreckten und jagdgelieferten 42 Goldmillarden

hatte man es in Erinnerung an die Waffenhilfe und Blutsfreundschaft des zwei Jahre lang gemeinschaftlich geführten Krieges auch nicht eilig. Man überließ mit dem Unterton der Verachtung Europa den Europäern. Erst 1923 kam die erste Schuldenregelung, die mit England, zustande; es wurde ein Tilgungszeitraum von 62 Jahren vereinbart, der Zinssatz auf 3 1/2 und 3 Prozent heruntergehandelt und die Kapitalschuld einschließlich aufgelaufener Zinsen auf 18,4 Milliarden Mark festgesetzt. Dabei drückte Amerika ein für allemal den Rechtsstandpunkt durch: die „Assoziierten“ sind keine unmittelbaren Schuldner; was sie von ihren Zahlungen nun ihrerseits wieder von Deutschland einreiben, geht Amerika nichts an.

Aber juristische Argumente und politische Erwägungen konnten auf die Dauer wirtschaftliche Zusammenhänge nicht getrennt halten. Der Nationalismus der Nachkriegszeit tobte sich hemmungslos gegen das besiegte Deutschland aus; es wurde zunehmend reparationsunfähig. Die anderen „Assoziierten“ konnten zur Regelung ihrer Schulden nicht gebracht werden; sie beriefen sich doch auf Deutschlands mangelnde Erfüllungswilligkeit oder mangelnde Erfüllungsfähigkeit. Mit dem Ruhrkampf drohte

Europa zahlungsunfähig

zu werden und als Absatzmarkt und Kapitalanlagegebiet verlorenzugehen: die Politik der Isolierung ließ sich kaum noch in der Form aufrecht erhalten. Mit Zustimmung der amerikanischen Regierung ernannte die Reparationskommission einen Amerikaner zum Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses zur Prüfung von Deutschlands Leistungsfähigkeit. Den nach ihm benannten Dawes-Plan nötigten amerikanische Banken Frankreich an, das nur zögernd die Ruhr räumte; ein Unterstaatssekretär des amerikanischen Finanzministeriums wurde Generalsekretär für die Reparationszahlungen in Deutschland. Zwei Amerikaner traten in das Transaktionskomitee ein; Amerikaner saßen im Verwaltungsrat der Reichsbahn und der Reichsbank. Amerikaner kontrollierten die deutschen Finanzleistungen an die „Assoziierten“. Über Amerika läßt sich noch immer nicht von Deutschland, sondern von seinen Schuldnern bezahlen.

Der Dawes-Plan setzt keine Endsumme fest; dafür war die Politik 1924 noch nicht reif. Er regelt nur „vorläufig“ Deutschlands Reparationsleistung. Dies „vorläufig“ sind inzwischen 37 Jahre (ab 1924). Denn dann sind die Eisenbahnobligationen und die Industrieobligationen getilgt, nachdem sie ab 1923 bis 1928 jährlich 660 und 300 Millionen den Siegern gebracht haben. Dabei ist offengelassen, ob die Beförderungsteuer (jährlich 200 Millionen) und die Zehnte aus dem Reichshaushalt der verpfändeten Einnahmen (jährlich mindestens 1250 Millionen) dann noch weiterfließt oder nicht. Jedenfalls: der Form nach kommen die Reparationsleistungen noch wie vor nur den „Assoziierten“ zugute; der Sache nach aber

erreichte Amerika mit der „vorläufigen Reparationsregelung“, daß nunmehr endlich auch die Schuldenerregung mit den anderen Verbündeten in Gang kam.

Nach der Dawes-Regelung wurden die interalliierten Kriegsschulden geregelt. Seit 1926 laufen alle diese Beträge mit den reparationsberechtigten Staaten Frankreich, Italien, Rumänien und Griechenland; nur die französischen sind formell nicht in Kraft; aber Frankreich zahlt regelmäßig soviel als ob sie es wären. Diese Beträge laufen nämlich, wie der mit England, der als Muster gedient hat, 62 Jahre lang. Sie

bringen 62 Jahre hindurch den Vereinigten Staaten insgesamt eine Endsumme von 85,2 Milliarden, Kapitalschuld mit Zinseszins, ein.

So erhält Amerika zum Beispiel im 5. Zahlungsjahr von England 640, von Frankreich 360, von Italien 100 Millionen Mark.

Aber diese Leistungen der Verbündeten an Amerika werden ihnen voll von Deutschland wiedererstattet. England hat ganz bewußt von seinen Schuldnern soviel verlangt, wie es selbst an Amerika zu zahlen hatte. Frankreich verlangt nicht nur, daß Deutschland seine Zahlungen an England und die Vereinigten Staaten zurückerstattet, sondern darüber hinaus noch die Verzinsung und Tilgung seiner Wiederaufbauanleihen. Wie sich das Verhältnis zwischen Reparationsempfang und Schuldzahlungsfrist in Europa in einzelnen Gestalt hat, darüber fand in den Vereinigten Staaten vor einigen Monaten in aller Öffentlichkeit eine Debatte statt. Die staatswissenschaftliche Fakultät der Columbia-Universität war für eine Kürzung der alliierten Schulden an Amerika eingetreten. Ihr erwiderte Finanzminister Mellon am 15. März 1927: „Lafache ist, daß

alle unsere hauptsächlichsten Schuldner schon heute von Deutschland mehr erhalten, als sie zur Bezahlung ihrer Schulden an die Vereinigten Staaten benötigen.

Und Frankreich und Italien erhalten aus derselben Quelle soviel, daß sie außerdem ihre Schulden an Großbritannien auch noch reichlich bezahlen können.“ England erhob zwar später diplomatischen Einspruch gegen diese Auffassung. Amerika aber erwiderte lässlich, es handle sich um Differenzen rein rechnerischer Natur. England könne nicht bestreiten, daß die britische Schuldentilgung an die Vereinigten Staaten von einem gewissen Zeitpunkt an aus Dawes-Zahlungen und interalliierten Schuldentilgung völlig gedeckt werde. Daß Frankreich mehr erhält, als es zahlt, das es niemals bestritten. Es ist die bewußt durchgeführte Politik der europäischen Siegerstaaten,

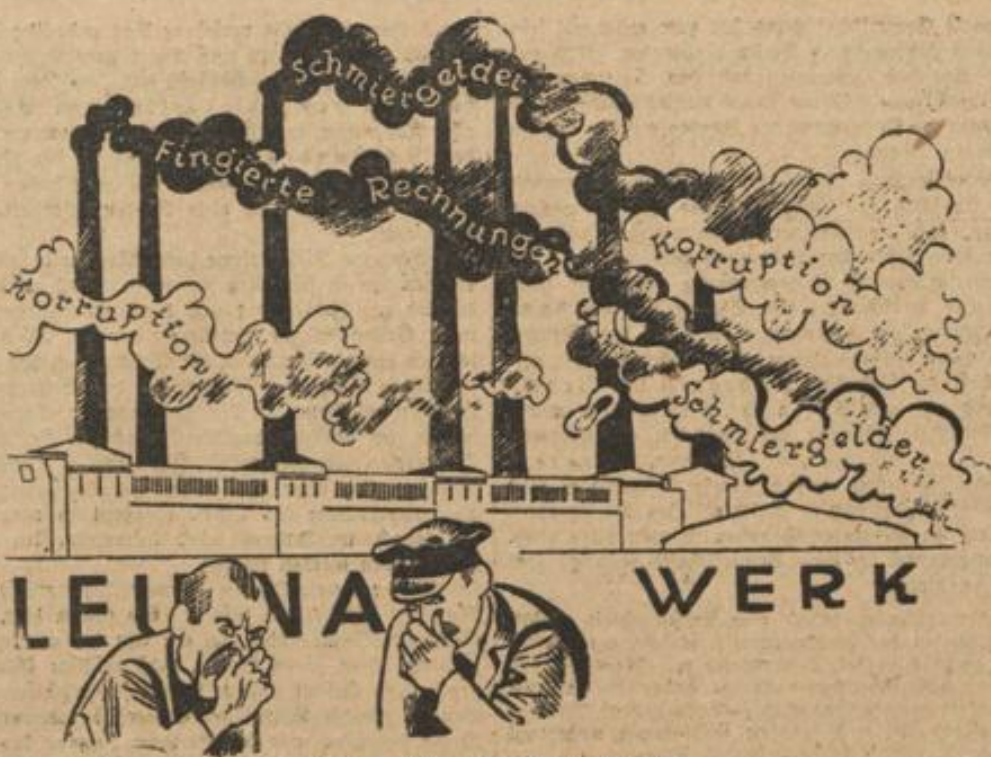
sich von Deutschland mindestens ihre eigenen Zahlungen ersparen zu lassen.

Das Problem künftiger internationaler Finanzverhandlungen besteht also darin, Dauer und Höhe der Reparationszahlungen den interalliierten Schuldzahlungen an Amerika oder umgekehrt die alliierten Zahlungen an die deutschen Zahlungen anzupassen.

*) Vgl. hierzu die gute Zusammenfassung von Wingen: Weltverschuldung und Deutschlands Reparationslast, Zentral-Verlag. Ihr ist die graphische Darstellung entnommen.

Chemische Industrie.

Bei den Leuna-Berken wurden Riesenschwundeleien aufgedeckt.



„Uff — hier stinkt's aber!“

Solange Amerika auf der Rückzahlung durch seine früheren Verbündeten besteht, werden diese ihre ganze politische Macht dafür einsetzen, zum mindesten die gleichen Beträge von Deutschland zu erlangen.

Wie stehen aber nun die Vereinigten Staaten dazu, die alliierten Schuldzahlungen herabzusetzen? Doch eine Revision für mindestens ein Jahr nicht in Betracht kommt, ist wegen der Präsidentenwahl sicher. Aber wie liegen die Ausichten für später? Es gibt und gab wohlmeinende einzelne und Gruppen, die zwar nicht Deutschland, aber der Alliierten wegen die Schulden zu mindern strebten. Aber die Schuldenpolitik der herrschenden Kreise ist eine andere. Sie wird in durchsichtiger Klarheit in dem Schreiben Mellons an die Professoren der Columbia-Universität, das oben zitiert wurde, dargestellt. Es wird dort zu der Behauptung, daß die Vereinigten Staaten den befreundeten Staaten gewaltige Steuerlasten für zwei Generationen auflegen“, gejagt:

„Die Beträge, die an uns gezahlt werden, werden nicht durch Steuern (in den assoziierten Ländern) aufgebracht, sondern durch die Deutschland auferlegten Zahlungen mehr als gedeckt. Wenn die uns von allen Schuldnern zustehenden Beträge herabgesetzt werden und eine entsprechende Herabsetzung der von Deutschland zu leistenden Reparationszahlungen erfolgt, wird der Effekt dieser Änderungen der sein, daß die Reparationslasten von den Schuldnern der deutschen Steuerzahler genommen und den amerikanischen Steuerzahlern aufgebürdet werden.“

Jedliches Argument zugunsten der verbündeten Völker jagt der amerikanische Finanzminister mit dem Hinweis nieder, daß eine

wenn etwa das amerikanische Finanzkapital an der Unterbringung einer Reparationsanleihe größeres Interesse haben sollte als an den jetzigen Zustand.

Kann man so vernünftigerweise auf Jahre hinaus mit einer Kürzung der alliierten Schuldzahlungen an Amerika nicht rechnen, so bleibt dennoch ein weiter Spielraum zwischen dem, was Amerika den Verbündeten (45 Milliarden Kriegsschuld) und dem, was die Verbündeten Deutschland zumuten. (Londoner Zahlungsplan 1921: phantastische 132 Milliarden.) Hiermit ist die Grundlage gegeben, auf der sich der Kampf um eine zukünftige Fortsetzung der deutschen Endschuldsumme abspielt. B. S.

Luther auf Mandatsjuche.

Es war nichts in Düsseldorf.

Nachdem Dr. Luther sich als Mitglied in die Deutsche Volkspartei hat einschreiben lassen, waren Bemühungen im Gange, ihn im Wahlkreis Düsseldorf als Kandidaten unterzubringen. Die Gerüchte, daß das möglich sei, werden nunmehr auch von dem „Deutschen“ bestätigt, der mitteilt, daß Dr. Luther nicht auf die Düsseldorf-Liste kommt. Ob der frühere Reichstagsler Dr. Luther in einem anderen Wahlkreis für die Volkspartei kandidieren wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Fälscher Schreck leugnet.

Er erklärt, streng nationalistisch zu sein.

Düsseldorf, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Auch am Freitag war der Angeklagte Schreck trotz des belastenden Materials zu einem Geständnis nicht zu bewegen. Er will das gesamte Material nur für eine bestimmte Gruppe, und zwar für die nationalen Verbände gesammelt und dies in einem Archiv aufbewahrt haben. Die nationalen Verbände sollen diese Sammlung unterstützen und bestimmte Gelder gegeben haben, deren Geber Schreck aber nicht mehr kennen will.

Das Gericht erörtert dann die Frage, wie es möglich war, daß die Denkschriften sowie die Photographien und Lichtbilder von den Dokumenten, die Schreck im Besitz hatte, in der „Weltbühne“ von Meriens abgedruckt wurden. Der Vorsitzende bringt in diesem Zusammenhang ein Telegramm von Wertens — der sich zurzeit in Genf aufhält — zur Verlesung, in dem Wertens bestrittet, daß er jemals mit dem Landesvertreter Schreck etwas zu tun hatte; er kenne ihn gar nicht. Der Vorsitzende befragt Schreck darauf nach seiner politischen Einstellung. Der Angeklagte erklärt, daß er streng nationalistisch eingestellt sei. Früher habe er der Bayerischen Volkspartei angehört, doch jetzt gehöre er keiner Partei mehr an.

Am Schluß der Sitzung wurde nochmals der Angeklagte Schreck vernommen. Schreck hat vor dem Untersuchungsrichter unter Eid den Aufenthaltsort des Angeklagten Koch verschwiegen, obwohl er gewußt hatte, wo sich Koch befand. Auch soll Schreck von dem Treiben von Schreck und Koch gewußt haben. Der Angeklagte bestrittet das. Die Verhandlungen werden am Sonnabend fortgesetzt.

Mazedonier-Attentat in Skopje.

Eine Frau als Attentäterin.

Belgrad, 13. Januar.

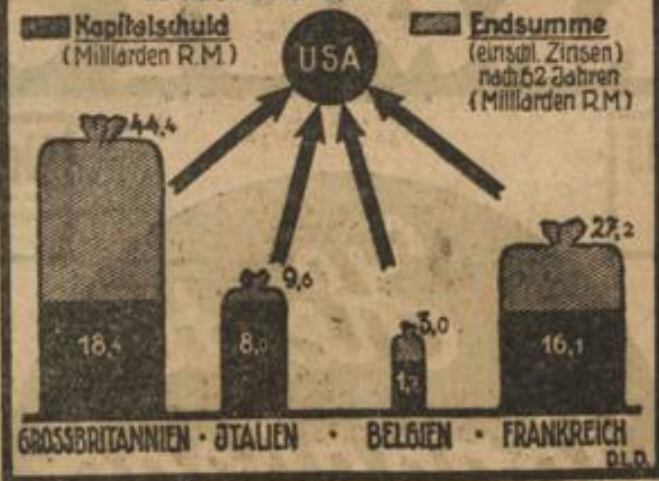
Heute mittag wurde in Skopje auf offener Straße ein Attentat auf den Rechtskonsulenten Wilhelm Prellie verübt. Als Prellie sich in seine Wohnung begeben wollte, feuerte die 25 Jahre alte Mazedonierin Mara-Buljewa mehrere Revolverkugeln auf ihn ab. Prellie wurde schwer verletzt. Die Attentäterin konnte im Augenblick festgenommen werden, als sie Selbstmord verüben wollte. Sie hieß sich erst seit kurzem in Bulgarien auf und war mit einem Gewerbetreibenden verheiratet. Prellie hatte vor kurzem eine revolutionäre Organisation aufgedeckt und auch die Untersuchung gegen die im Zusammenhang damit verhaftete Mazedonierin geführt.

Dr. Wirth als Gast Briands. Außenminister Briand gab gestern aus Anlaß der Anwesenheit des Reichskanzlers a. D. Dr. Wirth ein Essen, an dem u. a. auch der deutsche Botschafter Herr v. Hoesch, Justizminister Borthou, Loucheur, Paul Boncour und Paulen Hubert teilnahmen.

Eine tschechische Kriegsmaterialsendung für Idanagollu auf Dampfer „Praga“. Wert zwei Millionen Dollar, ist in Manila (nordamerik. Philippinen) angehalten worden.

Schuldenabkommen mit den Vereinigten Staaten

Es haben zu zahlen an USA:



Mehrbelastung des amerikanischen Steuerzahlers nicht dem verbündeten, sondern dem deutschen Steuerzahler zugute käme. Die Sympathie, die man in Amerika vielfach der Idee der Schuldenermüdung entgegenbrachte, war damit vernichtet. Die herrschende Meinung unterstützt heute wieder die amtliche Schuldenpolitik — denn Schuldenerhöhung bedeutet nicht nur an sich Steuererhöhung, sondern

Steuererhöhung zugunsten der Deutschen.

zugunsten der Deutschen also, mit denen man Krieg geführt hat, die zu besiegen Hunderttausende von „unlerten Jungens“ und eine enorme Schuldenlast kostete, und an deren Vermögensgut an dem Weltkrieg zu glauben die „Verbündeten“ den Massen einhämmerten. Seitdem die Regierung den amtlichen Schreier über den wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Reparation und alliierter Schuldentilgung wieder hinweggezogen hat, hat jede ernsthafte Diskussion über das Schuldenproblem in Amerika aufgehört. Der Satz „Was wir unserem Schuldner nachlassen, muß der amerikanische Steuerzahler bezahlen“ ist eine leicht schließliche Formel; sie ist zwar erlogen; denn eine Herabsetzung der Schulden käme keineswegs automatisch dem deutschen Steuerzahler zugute, aber zurzeit denkt auch die demokratische Partei nicht daran, den Wahlkampf mit der Revisionsparole zu führen. Das Finanzkapital hat außerdem an dem jetzigen Zustand ein Interesse. Denn

was das Deutsche Reich an den amerikanischen Staat zahlt, erhält es zum guten Teil von dem amerikanischen Finanzkapital in Form privater oder kommunalwirtschaftlicher Anleihen zurück.

Was dem deutschen Wirtschaftskörper als Reparation entzogen wird, teilt ihm die amerikanische Privatwirtschaft und macht ihn Geschäft daran, solange die deutsche Wirtschaft nicht selber den Ueberfluß produziert. Ressentiment der breiten Wählermassen und der Profit des Privatkapitals sind in Amerika derart miteinander verknüpft, daß eine Herabsetzung der alliierten Kriegsschulden und der Reparationslast auf absehbare Zeit als ausgeschlossen erscheint. Eine Änderung könnte erst dann eintreten,

Der IOB. in Berlin.

Tagung vom 16. bis 20. Januar.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat zum erstenmal seine Vorstands- und Ausschusssitzung nach Berlin einberufen. Und zum erstenmal tagt der Ausschuss zusammen mit den Vertretern der Internationalen Berufssekretariate, was fortbändig geschehen soll, um eine bessere gegenseitige Verbindung des Bundes mit den Berufssekretariaten aufrecht zu erhalten.

Der Pariser Internationale Gewerkschaftskongress im vorigen Sommer hat dem Ausschuss des IOB. so viele und so wichtige Aufgaben zugewiesen, daß die Berliner Verhandlungen und Beschlüsse von ganz außergewöhnlicher Bedeutung sein werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund ist gegenwärtig noch ohne einen ersten Vorsitzenden oder Präsidenten, sein Sitz in Amsterdam, der bisher seiner Richtung im Gegensatz zu Moskau den Stempel aufdrückt, soll nach einem anderen Lande, einer anderen Stadt verlegt werden. Nachdem die Sekretäre Dudgeest und Brown ausgeschieden sind und nur noch Sassenbach übrig blieb, wurde Sassenbach die einstweilige Führung der Geschäfte als Generalsekretär anvertraut. Der Posten des künftigen Generalsekretärs soll endgültig besetzt werden. Diese Besetzung ist weit wichtiger als die mehr repräsentative Besetzung des Vorsitzendenpostens. Die Auswahl an geeigneten Genossen ist nicht allzu groß. In seinem Begrüßungsartikel in der „Gewerkschaftszeitung“ sagt Genosse Graßmann hierzu:

„Die Größe der Aufgabe fordert eine Persönlichkeit großen Formats, die Ansehen in der Internationale genießt, die Umsicht und Kraft mit Geschick in der Behandlung von Menschen und Dingen verbindet. Beherrscht dieser Mann außer der eigenen noch eine oder mehrere fremde Sprachen — desto besser. Immerhin würden organisatorische und tatsächliche Fähigkeiten unbedingt voranzugehen haben.“

Selbstverständlich ist, daß der neue Generalsekretär des IOB. auch ein reiches Maß gewerkschaftlicher Erfahrungen mitbringen muß. Wir wünschen deshalb, daß unserem Genossen Sassenbach

das bisher einstweilig verlehene Amt endgültig übertragen wird.

Es sind aber nicht nur innerorganisatorische Fragen, mit denen sich die Tagung zu beschäftigen hat. Es dreht sich um die Durchführung der sozialpolitischen Beschlüsse des Pariser Kongresses, in erster Linie um den internationalen Kampf für den Achtstundentag, der selbst in den kleineren Ländern, die das Washingtoner Abkommen ratifiziert haben, meist nur auf dem Papier steht und noch viele Mühen erfordert, ihn in die Praxis umzusetzen.

Wie eine Riesenspinne sucht Moskau in allen Ländern die Gewerkschaften in sein Netz zu ziehen. Und es hat für seine Bestrebungen zur Zerreißung und Verhinderung der Einheitsfront weit mehr Geldmittel zur Verfügung als der IOB. Für die Gewerkschaften einiger Länder ist der Anschluß an den IOB. nur noch eine finanzielle Frage; er scheitert an der Weltroßfrage. In anderen Ländern wiederum ist die Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung erst wieder im Aufbau begriffen, nachdem sie durch kommunistische Treibereien zerrüttet war. Hier fehlt es teilweise an den nötigen Mitteln, um über die ersten Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die Ausbreitung des IOB. begegnet so mancherlei Hemmungen, die jedoch im Interesse der internationalen Gewerkschaftseinheit überwunden werden müssen.

Unsere ausländischen Gewerkschaftsgenossen werden sich in Berlin nicht fremd fühlen. Sie finden hier, am Sitz der ersten Gewerkschaftsinternationale, am Sitz der meisten deutschen Gewerkschaften, einen guten Boden, mustergültige Gewerkschaftseinrichtungen und in Gestalt unserer Gewerkschaftshäuser auch einige sichtbare Beweise für die Stärke der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Damit begrüßen wir die Berliner Tagung des IOB. und hoffen, daß es ihr gelingt, die Scharten des Pariser Gewerkschaftskongresses auszuweihen und die Grundlagen zu schaffen zum weiteren Aufstieg des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Die Wahlbeteiligung war allerdings nicht stark. 55 Prozent der Belegschaft stimmten ab. Da in der nächsten Zeit auch die Wahlen des Vorstandes der Betriebskrankenkasse vorgenommen werden müssen, gilt es jetzt schon, alle Wahlmüden aufzurütteln und eine so rege Propaganda zu empfehlen, daß in den Vorstand kein Christlicher und kein Völkischer hinein kommt.

Entscheidung der Dachdecker. Ueber den Anschluß an den Bauergewerksbund.

Vor 20 Jahren haben die Dachdecker zum erstenmal über den Anschluß ihres Verbandes an den Verband der Maurer abgestimmt und in der Folge es wiederholt abgelehnt, sich zu verschmelzen. Jetzt

scheint es Ernst werden zu wollen. Die mit dem Bauergewerksbund getroffenen Vereinbarungen gehen von folgender Voraussetzung aus:

Im Zentralverband der Dachdecker wird vom 4. bis 11. März 1928 eine Abstimmung vorgenommen über den Anschluß des Dachdeckerverbandes an den Deutschen Bauergewerksbund. Stimmen bei dieser Abstimmung 65 Proz. der abstimmenden Mitglieder des Dachdeckerverbandes für den Anschluß, dann löst sich der Zentralverband der Dachdecker Deutschlands am 30. Juni 1928 auf und tritt mit dem 1. Juli 1928 als Reichsgruppe der Dachdecker dem Deutschen Bauergewerksbund bei.

Hoffentlich kann von dem Ergebnis der vorstehenden Abstimmung gesagt werden: „Was lange währt, wird endlich gut.“

Für die Industrie kein Geld. Warum Daimler-Benz Kurzarbeit einführt.

Kurzarbeit will die Firma Daimler-Benz, Mannheim, einführen. Wie die Direktion der Firma mittels, soll von der laufenden Woche ab anstatt 48 Stunden nur noch 38 Stunden wöchentlich gearbeitet werden. Außerdem soll noch eine Anzahl Arbeiter entlassen werden. Die Direktion hat dem Betriebsrat gegenüber erklärt, daß sie zu dieser Maßnahme gezwungen sei, weil sie von den Banken keinen weiteren Kredit erhalten.

Der Konflikt in Oberschlesien.

Die Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände verhandelten gestern über die Forderungen der Arbeitnehmer, die 25prozentige Lohnerhöhung, Gleichstellung der Löhne des Bleies und Kupfers mit dem Zentralvertrieb und den Achtstundentag verlangten. Diese Forderungen wurden von den Arbeitgebern, die an ihrer Forderung einer Lohnerhöhung festhielten, abgelehnt. Die Angelegenheit soll nun dem Schlichtungsausschuss bzw. dem Demobilisationskommissar übergeben werden, jedoch sollen nächste Woche nochmalige Einigungsverhandlungen versucht werden.

SPD-Poliarbeiter. Bezirk Ostern II: Für alle im Bezirk Ostern II arbeitenden und wohnenden SPD-Poliarbeiter findet am Sonntag, 16. Januar, 19 Uhr, im Lokal von W. Bittich, Petrusburger Str. 5, eine wichtige Versammlung statt. Es ist Pflicht jedes Genossen, zu erscheinen. Sympathisierende Kollegen sind mit einzuführen.
Der Verbandsrat.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Deuts. Connabend, folgende Veranstaltungen: **Adelreis-Jugendbundes:** Jugendheim, Vordstr. 11, „Ferienaufsuchungstagen.“ — **Rotenburger:** Rotenb. 16, Sonntag, findet im Jugendheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Zintenstr. 23A, die Jahresversammlung der Mädchen statt. Vortrag: „Die Frau im Erwerbsleben.“

Jugendgruppe des IOB. Deuts. Connabend, 14. Januar, 19 Uhr, im „Feriencafé“ des Betriebsvereins, Fels-Allee-Str. 7/8, Bismarckplatz. Friedrich Benzel spricht über „Klassiker der Karikatur“ (mit Bildmaterial). Max Kerschel stellt aus eigenen Werken. **Pubertierung von Mädchen,** die uns der „Bühnenfreie“ monatlich zur Verfügung stellt. Russl. Freier Eintritt. Jeder erhält gratis ein Glas für die Buchbestellung.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Alingelbier; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: A. S. Böcher; Politik und Sonstiges: Fritz Kerschel; Anzeigen: H. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Verlags-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formäts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen mit „Unterhaltung und Wissen“.

Die Straßenbahner wählen gut!

Das Ergebnis der Vertreterwahlen zur Betriebskrankenkasse der Berliner Straßenbahn liegt nunmehr endgültig vor. Die freien Gewerkschaften (Liste 2) haben bei diesen Wahlen einen glänzenden Sieg errungen, trotzdem die Christlichen und Deutschvölkischen alle Minen springen liehen, um die freien Gewerkschaften an die Wand zu drücken. Die Liste 2 der freien Gewerkschaften, an deren führender Stelle der Verkehrsband steht, erhielt 6310 oder 81,45 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Die Liste 1 der Christlichen bekam 635 Stimmen gleich 8,2 Prozent und die Deutschvölkischen 862 Stimmen oder 10,35 Prozent. Die freien Gewerkschaften erhalten demnach 25 Mandate, die Christlichen 2 Mandate und die Deutschvölkischen 3 Mandate.

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN:

GROSSER INVENTUR-

BEGINN 2. JANUAR

AUSVERKAUF: PREISE HALBTE

TEILWEISE HERABGESETZT BIS ZUR

Schattenrips 4⁸⁰
reine Wolle,
ca. 170 cm breit, elegante
Kleiderware.....Meter

Crêpe de Chine 3⁸⁵
reine Seide,
ca. 90 cm breit, schwarz,
weiss u. farbig, jetzt Meter

Wäschele 58
Kunstseide mit Baumwoll,
Ntr. früher 1,25,
jetzt Pi.

Crêpe 48
bedruckt
grosse Musterwahl,
jetzt Meter Pi.

Damen-Kleid 9⁷⁵
aus Kasch, kleid-aus moderne Form.....jetzt

Schlüpfer für Damen 2⁴⁵
gestreift
Kunstseide,
in vielen modernen Farben.....jetzt

Mantel für Damen 29⁵⁰
gute reinwollene
Ottomane-
Qualität, ganz gefüttert, Polakragen, jetzt

Nachthemd 2⁴⁵
für Damen, Babiform, mit Klöppelweste, jetzt

Strümpfe für Damen 1⁹⁵
künstliche Wäschele, viele Farben, jetzt Paar

Taschentücher 1⁶⁵
für Herren, weiss Linon, mit modernen 2 5
Licht- u. N. reifen.....früher 4, lutzend 2 jetzt

Nur Leipziger Str., Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Wilmersdorfer Str.
Herren-Anzüge 48⁰⁰
gute strapazierfähig,
Präze, schöne Must.,
moderne Form, jetzt

Herren-Paletot 39⁰⁰
schwarz, elegante
Abstrichung, mod.
Dreihüg-Form jetzt

Herren-Hosen 1⁹⁵
echt ägyptisch Mako, jetzt

Perkal-Oberhemd 3⁹⁰
gestrichelte Brust, mit
Kragen.....jetzt



Reste und Abschnitte gewaltig im Preise herabgesetzt

HERMANN TIETZ

Leichenberaubung im Krematorium

Goldgebiss im Werte von 3600 Mark verschwunden.

Eine Leichenberaubung im Krematorium Wilmersdorf beschaffte die Kriminalpolizei. Kürzlich wurde, wie wir mitteilen, der Restaurateur Winkler aus der Hedwigstraße zu Steglitz unter verdächtigen Umständen erschossen aufgefunden. Die Mordkommission stellte jedoch fest, daß ein Selbstmord vorliegen mußte. Die Leiche wurde trotzdem zur Obduktion beschlagnahmt und nach dem Schauhaus in der Egnitzstraße zu Schöneberg gebracht. Die Obduktion bestätigte den Selbstmord.

Die Ueberführung der Leiche vom Schauhaus nach dem Krematorium in Wilmersdorf besorgte ein bekanntes Berliner Beerdigungsinstitut. Ein kostbares Goldgebiss, das Winkler einmal hatte anfertigen lassen, als er in sehr guten Vermögensverhältnissen lebte, war im Munde des Toten geblieben. Es hatte einen Herstellungswert von 3600 Mark. Der reine Goldwert beträgt etwa 700 Mark. Bei der Ueberführung war es, wie festgestellt wurde, noch da. Unterwegs konnte es nicht entwendet werden. Der Vertreter des Beerdigungsinstituts überzeugte sich im Krematorium noch von seinem Vorhandensein und machte den Oberinspektor in seinem Bureau darauf aufmerksam. Er erklärte ihm zugleich auch, daß die Angehörigen Winklers es jetzt an sich zu nehmen beabsichtigten. Der Oberinspektor erwiderte, daß die Angehörigen für die Herausnahme des Gebisses durch einen Dentisten oder Zahnarzt selbst zu sorgen hätten. Das war am Sonnabend voriger Woche. Bevor noch weiter etwas geschehen war, erschien am Dienstag ein Angehöriger mit der ersten Frau des Verstorbenen, um die Leiche noch einmal zu sehen. Sie sahen sofort, daß das Goldgebiss fehlte, und machten Anzeige. Der Chef der Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Hagemann, ließ unverzüglich durch die Mordkommission Dr. Anuschat-Duoch, die den anfangs ungeklärten Todesfall bearbeitete, die Ermittlungen aufnehmen. Die Kommission stellte fest, daß der Diebstahl nur im Krematorium verübt worden sein kann. Zutritt zu der Leiche hatten fünf Personen, drei Heizer, ein Pförtner und ein Diener. Diese wurden zur Rechenschaft gezogen, befreit aber alle fünf den Diebstahl. Keiner von ihnen will etwas von dem Verbleib des wertvollen Gebisses wissen. Aufklärung war bisher nicht möglich. Mitteilungen zu dieser rätselhaften Angelegenheit nehmen die Kommissare Dr. Anuschat und Duoch im Polizeipräsidium entgegen.

Wie erfolgte die Beraubung?

Von anderer Seite wird über diesen aufsehenerregenden Fall folgende Darstellung gegeben:

Am Montag vormittag sollte der Schwiegersohn des Toten, ein Kaufmann, mit einem Zahnarzt im Krematorium erscheinen, damit dann aus dem Munde der Goldbrillen gelöst werden könnten. Um so überraschter war der Kaufmann, als er am Montag von einem Heizer des Krematoriums benachrichtigt wurde, daß das Goldgebiss verschwunden sei und nur noch zwei kleine Plomben im Munde des Toten sich vorfinden. Der Schwiegersohn fuhr nun am Dienstag zum Krematorium, ließ in Gegenwart eines Zeugen, den er mitgebracht hatte, den Sarg öffnen und stellte fest, daß nicht nur die Säumenplatten verschwunden, sondern daß auch

die Goldbrillen mit Gewalt aus ihren Befestigungen herausgerissen

waren. Der Kaufmann meldete diesen ihm zunächst unglaublich erscheinenden Vorfall dem Inspektor, der von vornherein erklärte, es sei ausgeschlossen, daß im Krematorium etwas fortgenommen sei. Als Beweis führte er an, daß in früherer Zeit eine Schauspielerin mit ihrem gesamten Brillantenschatz eingeliefert worden sei, und man habe nach der Verbrennung nichts mehr gefunden, da die Flammen nicht nur die Platinfassung, sondern auch die Brillanten selbst zum Schmelzen gebracht habe. Der Kaufmann begab sich nun sofort zur Polizei und Kriminalkommissar Dr. Anuschat fuhr sofort ins Krematorium, wo er dieselben Feststellungen machte, wie der Schwiegersohn Winklers. Daraufhin wurden die Heizer

vernommen, die am Sonnabend und Sonntag Dienst getan haben. Die beide erklärten, es sei ihnen unerklärlich, wie das Gold verschwunden sein könne. Dr. Anuschat vernahm dann am Mittwoch den Inspektor der Firma Grieneisen, der eine genaue Schilderung des Herganges gab und erklärte, er könne jederzeit bezeugen, daß

noch im Schauhaus die Leiche unberaubt gewesen

sei. Während des Transportes vom Schauhaus zum Krematorium ist ein Diebstahl kaum möglich gewesen, da der Sarg einmal fest verschlossen war und zweitens in einem Leichenwagen mit Glaswänden transportiert wurde, so daß also Passanten unbedingt etwas bemerkt hätten, wenn unterwegs der Sarg geöffnet worden wäre.

Es besteht nun der Verdacht, daß im Krematorium selbst die Leiche beraubt worden ist. Bei der Besichtigung durch den Schwiegersohn Winklers am Dienstag war der Sarg noch ordnungsmäßig verschlossen. Wenn man annehmen wollte, daß unbekannte Räuber nachts in den Leichenkeller des Krematoriums eingedrungen seien, so spricht gegen diese Auffassung doch die Tatsache, daß die Diebe in dem Fall sich kaum die Mühe gemacht haben würden, den Sarg wieder zu verschließen.

Die Vernehmung der Verdächtigen.

Wie wir erfahren, handelt es sich bei den von der Kriminalpolizei unter dem Verdacht der Leichenberaubung verhafteten Angehörigen des Krematoriums um den Portier und zwei Heizer. Die von der Polizei festgenommenen wurden nach dem Verhör durch die Kriminalkommissare Dr. Anuschat und Duoch noch am späten Nachmittag dem Vernehmungsrichter Dr. Strudmann vorgeführt, der ihre Vernehmung fortsetzte und sich auch mit der Frage des eventuellen Haftbefehls beschäftigte, der von dem Ausgang der Auslagen abhängen wird. Portier und Heizer bestreiten auf das entschiedenste, mit der Beraubung der Leiche des Goldgebisses Winkler irgendwas zu tun zu haben und leugnen jede Schuld. Die Ueberführung der Verhafteten ist insofern recht schwierig, weil sie, falls sie die Täter sind, durch die Anzeigen der Angehörigen Winklers, die zuständigen Behörden mit der Angelegenheit zu betrauen, von dem Eingreifen der Kriminalpolizei vorher informiert waren und sich auf diese Weise ihre Auslagen vorher genau überlegen konnten. Die Ermittlungen werden auch dadurch erschwert, daß die Leiche Winklers bereits seit Sonnabend im Krematorium lag und erst am Dienstag das Fehlen des goldenen Gebisses von den Angehörigen bemerkt wurde, so daß es nicht leicht ist, aus dem Kreis der während dieser Zeit diensttunenden Beamten die Schuldigen mit Bestimmtheit herauszufinden. Auch die übrigen Angehörigen des Krematoriums sind bereits polizeilich vernommen worden, ebenso die Leichenräger und die Angehörigen des Beerdigungsinstituts von Grieneisen, die mit aller Bestimmtheit erklären, daß im Schauhaus und während des Transportes nach dem Krematorium sich nach dem Gebiss im Munde der Leiche Winklers befinden habe. Sie betonen, daß sie diese Befundung auf jeden Fall auf ihren Eid nehmen könnten. Bei den drei Beamtinnen, gegen die sich hauptsächlich der Verdacht richtet, handelt es sich übrigens um Personen, die sich bisher nicht der geringsten Verfehlungen schuldig gemacht haben.

Das Bezirksamt Wilmersdorf, dem das Krematorium untersteht, wird sich übrigens am heutigen Sonnabend vormittag mit den Beschuldigungen gegen die Beamten beschäftigen und in einer Erklärung dazu Stellung nehmen. Wie wir hören, sind bereits, wenn auch vor längerer Zeit schon, Klagen wegen Diebstahlsverbrechen von Beamten des Krematoriums erhoben worden. Diese gingen von Gewerbetreibenden aus, die sich darüber beschwerten, daß ein Beamter des Krematoriums den hinterlassenen gewisse Blumengeschäfte, Dekoraturen, Beerdigungsinstitute usw. empfahl und Aufträge vermittelte. Der betreffende Beamte wurde damals, nachdem die Beschwerden sich häuften, in eine andere Dienststelle versetzt.

Ein mißlungener Doppelselbstmord.

Wenn zwei aus dem Leben scheiden wollen.

Am 9. Februar 1927 um 2 Uhr wurde die Stille des Hotels „Kurfürstenhof“ durch einen Revolvererschuss gestört. Man fand eine 23jährige Frau mit einem Kopfschuß blutüberströmt im Zimmer und verhaftete einen 23jährigen Menschen. Bei ihm war ein Briefumschlag mit der Aufschrift: „An den Auffinder“. In dem darinliegenden Schriftstück war zu lesen: „Wir gehen freiwillig aus dem Leben und bitten die Person, die in dem Deckumschlag enthaltenen und frankierten Briefe persönlich oder durch die Post zu übermitteln. Der Ueberbringer erfüllt den letzten Willen von zwei unglücklichen, sich liebenden Menschen.“ Gezeichnet war der Brief mit E. B. Die Adresse war angegeben.

Einer dieser fünf frankierten Briefe enthielt den letzten Willen des jungen Mädchens; sie hat hierin, neben dem jungen Mann beerdigt zu werden, und auch Verfügungen über ihre Sachen. Aus allen Schriftstücken ging mit Deutlichkeit hervor, daß die jungen Leute beschlossen hatten, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Mehr noch: es wollte scheinen, daß die treibende Kraft das junge Mädchen gewesen sei. Die Untersuchung ergab, daß K. die K. im Oktober 1926 auf dem Kummelplatz Schöneberg kennengelernt hatte. K., ein unfester Mensch, war früh aus dem Gleise geraten. Sohn wohlhabender Eltern, hatte er die höhere Schule verlassen müssen und hatte kurze Zeit Apotheker gelehrt, war dann freiwillig zum Militär und zu den Freikorps, später zur Marine gegangen, um schließlich als Arbeitsloser auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen zu sein. Mit seiner Familie hatte er sich entzweit. Auch die K. hatte sich mit ihren Eltern entzweit; sie sollte einen Mann gegen ihren Willen heiraten. Das Schicksal, das sie beide durchgemacht hatten, brachte sie einander näher. Sie trafen sich einige Male, ohne daß zwischen ihnen intime Beziehungen entstanden wären. Am 6. Februar erklärte die K. dem B., daß ihre Eltern der „Herrschaft“, bei der sie in Stellung war, für sie gekündigt hätten und daß sie bereits mit dem ungeliebten Mann aufgegeben sei. Sehr kam es auch zum intimen Verkehr zwischen den beiden jungen Leuten. Wie in ihnen schließlich der Entschluß, gemeinsam zu sterben, Fuß gefaßt hatte, konnte nicht endgültig geklärt werden.

In der gestrigen Gerichtsverhandlung hielt sie diese Begründung nicht aufrecht; sie wollte sich nicht erinnern. Tatsächlich hatte der Schuß bei ihr eine schwere Gehirnerkrankung verursacht und zur Erblindung des linken Auges geführt. Der Sachverständige Dr. Drenthoff erstattete sein Gutachten dahin, daß der Angeklagte ein Mensch mit wiederkehrenden Zuständen von Gemütsdepressionen sei. Seine Tat habe er in einem Affekt begangen. Der Staatsanwalt ließ darauf die Anklage auf verletzten Nord fallen und beantragte wegen Todschlags ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Die Verteidiger, Rechtsanwältin Dr. Staub und Dr. Kaimald, plädierten für eine mildere Auslegung der Tat.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung nach §§ 223 und 224a und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu insgesamt einem Jahr Gefängnis. Zehn Monate und zwanzig Tage wurden dem Angeklagten auf die Untersuchungshaft angerechnet, dagegen wurde der Antrag auf Bewährungsstrafe und Haftentlassung abgelehnt.

Auf der Spur des Defraudanten Kugelmann?

Mitte Dezember verschwand aus Berlin der Kassierer Gustav Kugelmann, der bei dem Bund für Auslandsdeutsche in der Klosterstraße 30 000 Mark unterschlagen hat. Als er festgenommen werden sollte, war er bereits aus seiner Wohnung in der Holzmarktstraße verschwunden. Der Blichtige hatte außerdem nach Amerika auszuwandern. Eine Spur von seinem Verbleib war bisher nicht zu finden. Gestern wurde nun in der Nähe des Jirkas-Busch aus der Spree ein Paket aufgefunden. Es enthielt Originalpapiere, die Kugelmann von seiner Beschäftigung beim Bund für Auslandsdeutsche her in der Hand gehabt haben muß. Nach ihrem Zustande können die beschlagnahmten Papiere noch nicht allzulange im Wasser gelegen haben. Wahrscheinlich sind sie aus einem Jucac hinaus in die Spree geworfen worden. Man vermutet, daß Kugelmann sich in einem Bororie von Berlin unter falschem Namen aufhält.

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

2. Die Brandstätte.

Dascha übernachtete nicht mehr zu Hause. In den ersten Tagen nach der Parteinreinigung übersiedelte sie zur Mjehowa, und sie tat es, weil sie von ihr diesen Brief bekommen hatte:

„Ich fühle, Dascha, daß ich sehr krank bin, trotzdem ich herumgehe, spreche und überhaupt äußerlich sich nichts verändert hat. Aber ich sehe nichts, fühle nichts. Am Tage — bin ich ein geheiltes Bild — und die Nächte sind voller Alpdruck. Ich glaube, ich werde es nicht aushalten, wenn ich noch solche vierundzwanzig Stunden durchmachen müßte. Ich bin zweifellos krank. Nur du kannst mich stützen und mir helfen. Ich bitte dich wie einen Freund, komm zu mir, wohne mit mir, hilf mir meine zerfetzten Teile zusammensetzen und mich wieder auf die Beine stellen. Ich sitze jetzt bei Sergeij, (Mitternacht) — jede Nacht sitze ich bei ihm. Er ist sehr müde, aber mutig, sanft und weich wie früher und pflegt mich wie ein Kind. Er ist bereit, meinnetwegen nächstelang nicht zu schlafen. Und wenn ich weggehe, so löst er mich nicht durch den Gang, sondern durch unsere Tür in mein Zimmer gehen. Ich fürchte, er wird sich überanstrengen und krank werden. In meiner Seele reißt irgend eine Wandlung. Was für eine — weiß ich nicht. Ich weiß nur, . . . daß es genügen würde, wenn du nur einige Tage bei mir bliebest — und alles würde in Ordnung kommen und gut werden.“

Und Dascha ging nach am selben Abend, mit einem Bündel unter dem Arm, mit denselben schnellen Schritten, mit denen sie gewöhnlich lief, wenn sie in Sachen der Frauengruppen unterwegs war, in die Stadt. Sie kam nach Hause, nur um ihr Bettzeug zu holen, und trank nicht einmal Tee mit Glib.

„Wirtshaus allein und mache dir's bequem. Glib. Ich nehme meine Fegen und mache mich auf den Weg.“

Glib sah sie erlauft an und stand vom Stuhl auf.

„Schon wieder eine Ueberraschung. . . . Ja, warte mal . . . du hast mir nichts gesagt: wohin gehst du mit den Fegen. . . . Wohin . . . ?“

„Wenn du eine freie Stunde haben wirst, so schau zur Genossin Mjehowa. Wir werden zusammen wohnen. Die Schrauben sind bei ihr losgegangen. . . . sie müssen wieder zusammengestellt und geschmiert werden.“

„Und wieviel Tage wirst du an der Genossin Mjehowa herumherschiffen?“

„Ich weiß nicht. Wenn das Stutchen sich wieder wird anspannen lassen — dann werden wir beide wieder ein gutes Gespann geben. Man muß alles tun, damit Genossin Mjehowa nicht aus den Parteireihen ausscheidet.“

„Ja, das ist richtig. Mit dieser Parteinreinigung hat man genug Dummheiten angerichtet.“

„Ich muß gehen! Du sollst mich nicht sehr rasch zurück erwarten. Glib: ich weiß nicht, wie sich alles noch gestalten wird.“

Sie gaben einander die Hand und schwiegen plötzlich verlegen, und in ihrem Lächeln zitterten unausgesprochene Worte, und ihre Augen, die umwölkt waren von einer unbeantworteten Frage, mieden einander. Sie schwiegen, lächelten und standen Hand in Hand, wollten die im Herzen steckengebliebenen Worte aussprechen — und konnten es nicht.

„Ich gehe.“

„Nun, mach dich auf den Weg, wenn es nicht anders geht.“

Er begleitete sie zur Pforte und nahm ihre Hand. Und sie lächelte und schwiege. Und Glib dachte, daß Dascha nicht in derselben Weise wegging, wie sie es gewöhnlich tat, wenn sie zu ihrer Arbeit ging, wenn sie irgendwo hinkommandiert wurde, wenn sie verreiste: Dascha trug für immer alle vergangenen Jahre mit sich weg. Vielleicht wird Dascha nicht mehr zurückkehren, vielleicht ist hier, vor dieser Parteinreinigung, ein Seufzer über das Vergangene in ihrem letzten Blick und eine Freude auf den neuen Weg. Und er konnte ihr kein Nachwort mehr sagen: Dascha, ich werde dir nicht erlauben, von mir zu gehen; ich brauche dich notwendiger als Genossin Mjehowa. Ich habe kein warmes, gemütliches Nest ohne dich, und mein Bett wird kalt und schmutzig ohne dich sein.

Er hatte kein Recht und keine Macht mehr, solche Worte zu sagen, weil Dascha ihm dieses Recht genommen und es in Staub verwandelt hatte. Und es war kein gewöhnliches Weib, das hier vor ihm stand, sondern ein Mensch, der die gleichen Kräfte wie er besaß und der auf seinen Schultern sich die ganze Schwere und Last der letzten Jahre aufgebürdet hatte. Und Dascha war nicht nur seine Frau, sondern ein Weib mit einem Männergriff, ohne ihren früheren Hausfrauenblick, ohne ihre frühere Anhänglichkeit für ihren Mann, für ihr Heim. Jetzt wird sie fortgehen und wird vielleicht nie wiederkommen und wird ihm ebenso fern und fremd sein, wie andere Frauen. Nun gut! Sie haben bis jetzt in einem

Zimmer gewohnt, schliefen jeder für sich — und dann später in einem Bett. Aber für keinen Augenblick konnte Glib das Wichtigste vergessen: die frühere Dascha ist nicht mehr da: sie ist eine andere, eine neue, die morgen weggehen kann, um niemals wiederzukehren.

Das letzte Band ihrer Ehe war gerissen — Jurka. Tot war das kleine Töchterchen. Die kleine Jurka. Und es waren Tage, da der gemeinsame Schmerz ihre Seelen durch Tränen und Weid zusammengekehrt hatte. Und diese Tage glücken den früheren Tagen ihrer Liebe. Es kam die Parteinreinigung, es kamen Tage voller schwerer Sorgen: bei ihm — wegen des Werkes, bei ihr — wegen der Frauengruppe. Und wenn sie sich in der Nacht in ihrer Kammer trafen — fühlten sie, daß Jurkas Tod das letzte war, das ihr Leben aufgerüttelt hatte. Man mußte das Schicksal umbauen: es war keine Zeit mehr für Träumereien, für eine Sehnsucht nach einem persönlichen Glück. Das erschien unwichtig, schädlich, für die Sache schädlich. Nach der Parteinreinigung erkrankte Genossin Mjehowa, und Dascha wurde die provisorische Leitung der Frauengruppe übertragen. Und wenn man sie im Parteikomitee traf, sagte man: „Ja . . . Dascha ist jetzt auf ihrem Platz. . . . Dascha ist so, als ob sie immer Leiterin der Frauengruppe gewesen wäre.“

Und es war allen klar, daß sie sehr bald von der „Stellvertreterin“ zur „wirklichen Leiterin“ werden wird.

Und jetzt trennte sich Glib von ihr und wollte ihr ein wichtiges und großes Wort sagen, aus tiefster Seele heraus sagen — und konnte nicht: wußte nicht, was ihr sagen, und wußte, daß es notwendig sei, es auszusprechen. Wenn er es jetzt nicht tut — dann wird es niemals geschehen. Und hatte Angst, es zu sagen? Dascha verstand es, seine Worte zu hören — sie war aufmerksam und wachsam ihnen gegenüber und erwiderte immer seine Worte mit ihren eigenen. Und diese ihre Worte waren nicht so, wie er sie gerne wollte — sie taten ihm zu sehr weh. . . .

„Nun, Dascha, geh . . . ich verstehe nichts von unserem Eheleben. . . . Weib der Teufel, was das ist. . . . Man müßte von vorne beginnen.“

Dascha riß ihre Hand aus Glibs und sah ihn forschend an, und runzelte die Stirn.

„Was ist hier zu verstehen, Glib? So, wie ich früher war — werde ich nie mehr sein. Und zu einer Frau fürs Bett — taugte ich nicht. Wenn du willst, so kannst du dich einrichten, wie es dir paßt. Du kannst dir ein Weib nehmen nach deinem Geschmack und deiner Kraft. . . . Es gibt noch genügend dumme Gänse auf der Welt.“

(Fortsetzung folgt.)

Thomas Hardy.

Zum Tode des englischen Bauerndichters.

Die Engländer halten Thomas Hardy, den greisen Poeten, dessen Tod soeben gemeldet wird, für ihren größten Dichter. Nicht Shaw, nicht Galsworthy, nicht Wells, die Welttriumph erringend und auch bei uns so gefeiert werden, genießen beim englischen Publikum die Verehrung, die man dem Schöpfer der „Armen Leh“ und „Judas des Dunklen“ entgegenbringt. Seine schmerzlichen, düsteren Heimatsromane, die die Krebshügel des alten Wiltshire schildern, seine packenden, kurzen Erzählungen, sein Niesendrama „Die Dynasten“, das die Welt der Napoleonischen Kriege gestaltet, seine feinen stillen Gedichte — sie haben ihm nach langer Nichtbeachtung und Verkennung die Liebe und Bewunderung seines Volkes eingetragen. Bei uns ist Hardy nur von den Kennern des modernen englischen Schrifttums gekannt. Sein vom gräßlichsten Pessimismus erfüllter Roman „Judas, der Dunkle“, der unter dem Titel „Verborben, gestorben“ vor 25 Jahren deutsch erschien, war unserem Publikum zu naturistisch, so großartig und konsequent auch die Tragödie des armen Dorfrichters gegeben ist, der an Frauenliebe zugrunde geht. Auch die vorzüglichen Erzählungen, die unter dem Titel „Des Lebens kleine Ironien“ erschienen, haben in deutscher Uebersetzung keine Beachtung gefunden. Erst kürzlich ist sein berühmtestes und menschlich reifstes Roman, die „Die Geschichte des armen Leh“, in weitausföhrlicher Verdeutschung herausgekommen. Vielleicht wird von diesem Werk der Anstoß dazu ausgehen, daß wir dem toten Hardy den Vorboer reichen, den wir seinen jüngeren Landsleuten so gern gewährt. Allerdings ist dieser Schilderer englischen Dorflebens so ganz eingesponnen in die Vorstellungswelt seiner Insel, daß dem Fremden der Zugang zu ihm schwer wird. Die englische Heimatskunst hat in seinen Bauerngeschichten ihre großartigste Vertiefung gefunden, und aus der Enge des Dorflebens wachsen die Gestalten bisweilen zu Sinnbildern allgemeinen Menschentums.

Thomas Hardy wurde am 2. Juni 1840 in der Provinz Dorsetshire geboren, wo seine Vorfahren schon seit dem 15. Jahrhundert auf ihrer Scholle saßen. Fern vom Getümmel der Menge, wie der Titel eines seiner Bücher lautet, wuchs er auf, im Verkehr mit den Bauern, deren Sprache er später so meisterhaft zu handhaben wußte. Dann wurde er, wie sein Vater, Baumeister, verlebte langsam seine Bildung und kam nach schwerem Ringen seiner tiefen Natur zum Dichterberuf. Mit 37 Jahren schied er seinen ersten Roman an Meredith zur Begutachtung, der ihm darauf riet, spannerde Geschichten zu schreiben. Nach solchen Versuchen, die ihm fernlagen, zog er sich mit 45 Jahren wieder in die Heimat zurück, und nun entstanden seine besten Werke, seine Romane, seine Gedichte, das große Drama, die ihm spät über-schwengliche Begeisterung einbrachten. Er selbst aber hat sich diesen Ruhm durch sein Einsiedlerleben entzogen, das er bis an sein Ende durchführte.

Wenn seine Verehrer in das einsame Dorf eindringen, das er nie zu größeren Reizen verließ, dann finden sie einen stämmigen alten Herrn in einfacher Jacke, mit der Pfeife im Mund, der von nicht zu überbietender Wortfargheit war. Hardy ist stets das Landkind geblieben, das in seinen Dichtungen so tief empfindend und dunkel-geheimnisvoll, so schwermütig und doch so leicht redet. Er konnte sich niemals dazu bringen, einen Mantel zu tragen; lieber zog er bei kaltem Wetter drei bis vier Jacken übereinander. Viele Geschichten erzählen, wie unbekannt der berühmte Mann unter seinen Landsleuten lebte, mit denen ihn die innerste festliche Gemaltheit verband. Kommt da ein Bewunderer des Dichters nach Dorset und fragt eine alte Dame, die vor ihrem Häuschen sitzt: „Bohnt Mister Hardy hier in der Nähe?“ „Was für ein Mister Hardy?“ fragt die Alte. „Nun, der große Hardy, Hardy der Dichter, der die berühmten Bücher schreibt.“ „Erklärt der erste antwortend: „Von dem weiß ich nichts“, sagt die Bäuerin, „aber hier ganz nebenbei, da wohnt ein Hardy, der die größten Schweine züchtet.“ Der alte Herr, der auf weiten Spaziergängen die ihm so vertraute Landschaft durchstreifte, kommt an einem Dorfladen vorbeir, in dem er im Schaukasten ein Buch liegen sieht. Er geht hinein und fragt nach dem Preis. Der Verkäufer sieht das alte Bäuerlein, für das er Hardy hält, verwundert an. Solche literarische Bedürfnisse ist er bei seinen Kunden nicht gewohnt. „Dann oder klopft er ihn freundlich auf die Schulter und sagt: „Du brauchst nur einen Schilling zu zahlen. Man ist immer froh, wenn man hier mal einen Menschen findet, der sich für gute Bücher interessiert.“ Dr. P. S.

Ein Wald aus Halbedelsteinen.

Eins der größten Naturphänomene ist der berühmte „versteinerte Wald“ von Arizona, der tatsächlich vor acht- bis zehntausend Jahren ein ungeheurer Wald in einer Ausdehnung von mehreren hundert Quadratmeilen war. Durch die Versteinerungen und durch den Einfluß von vulkanischen Katastrophen sowie von heißen Springquellen ist das Holz im Laufe der Jahrtausende versteinert und hat eine Umwandlung erfahren. Der Kiesel hat durch die heißen Lavamassen und Springquellen den durchsichtigen Quarz gebildet, so daß dieser versteinerte Wald geradezu eine ungeheure Lagerstätte von Halbedelsteinen aller Art war. Die Bäume müssen bei Lebzeiten volle 200 Fuß hoch gewesen sein, da selbst jetzt ihre umherliegenden Stämme, wenn noch ungediegen, 100 bis 150 Fuß lang sind. Und das Sonderbarste hierbei ist, daß diese mächtigen Stämme oft so regelmäßig in Abschnitte getrennt sind, als ob sie mit der Säge durchgeschnitten wären. Zweige findet man einen Fuß und Stämme zehn Fuß dick. Sie liegen parallel oder in Büscheln, einzeln oder gruppenweise, in Schluchten und auf Anhöhen. Und alle diese Millionen von Stämmen, Stümpfen, Blöcken und Keilen bis zu den dünnsten Zweigen sind hartes Gestein, das sich bei Unteruchung als aus Edelsteinen bestehende jeder Gattung herausstellt. Der Zeiten Fluß weht dem Hammer der Geologen haben unter diesen in allen Farben schimmernden edlen Gestein vielfache Bewunderung angebracht, wie die überall umherliegenden Bruchstücke und Trümmer von umfangreichen Blöcken bis zu höchem Geröll und Splittern, die ihre brillanten Farben unter den Strahlen einer tropischen Sonne mit lateinstöppischen Effekt leuchten lassen, bezogen. Rubine, Saphire und Diamanten sind hierunter zwar nicht, dafür aber Amethyst, roter und gelber Topas, Lapis, Onyx, Karneol und alle erdenklichen Arten von Schat in Rollen. Kein Wald, kein Bruchstück ist auf eine einzige Art Edelstein beschränkt, viele bilden ein weiches Mosaik aller genannten Sorten. Unter einem Berggipfel aus Quarz und Halbedelsteinen befindet sich ein riesiges Lager von Edelsteinen, das die gesamte Region jetzt überall Karavellen und erlöschene Krater, ist also entschieden vulkanisch gewesen, so daß zweifellos eine große vulkanische Katastrophe den Urwald zerstört und unter einer immensen Aschenschicht begraben hat.

Die Verbannung nach Sibirien. Zur Verhinderung Trotskis.

Zu der Zeitungsmeldung, daß Trotski und eine Anzahl hervorragender Sowjetführer nach Sibirien verbannt worden seien, wird uns geschrieben:

Die Sowjetbehörden haben auch die alten Schrecknisse der Zarenregierung wieder aufleben lassen, nämlich die Verbannung nach Sibirien. Schon seit 300 Jahren haben die russischen Herrscher ihre Untertanen nach Sibirien geschickt, wenn sie sich gegen die Dynastie oder gegen das Strafrecht vergrämen hatten. Keine Gesellschaft und kein Stand wurde von dieser Strafe verschont. Ministerpräsidenten und Generäle, die noch eben im Besitz der größten Machtstellung waren, fielen über Nacht in Ungnade und wurden zwangsweise nach Sibirien verbannt, wo sie über die Rücken des Klades nachdenken konnten.

Es gab seit jeher mehrere verschiedene Arten der sibirischen Verbannung. Die strengste Art ist die Verbannung zur Zwangsarbeit oder Katanga. Diese Verbannten waren dazu verurteilt, in den Kohlengruben und Bleiwerken von Sachalin schwere Arbeit zu verrichten. Je zwei Mann waren aneinandergekettet. Diese Verbannung mit Zwangsarbeit wurde meist für Lebenszeit ausgesprochen. Allerdings ertrugen die verbannten Verbannten die Arbeit sehr lange, so daß die Lebenszeit nur von sehr beengter Dauer war. Duellvolle Arbeit, ein Leben in ewiger Nacht und schreckliche Mißhandlungen der Verbannten durch die rohen russischen Uchikowits und Soldaten verurteilten das Leben der Verbannten. Die lebenslängliche Zwangsarbeit wurde nur für die schwersten Verbrechen verhängt. Insgesamt zerfiel wiederum diese Verbannung zur Zwangsarbeit in sieben verschiedene Stufen, die die Zeitdauer und die Schwere der Zwangsarbeit betrafen. Die mildeste Verurteilung zur Zwangsarbeit in Sibirien erfolgte auf eine Zeit von vier Jahren. Diese Verurteilten wurden nur zu landwirtschaftlicher und kolonialwirtschaftlicher Arbeit verwendet, die gegenüber der Arbeit in den Bergwerken große Vorteile und Erleichterungen auf-

weist. War die im Urteil ausgesprochene Zwangsarbeit abgelaufen, dann durfte auch kein derartiger Verurteilter mehr nach Rußland zurückkehren, sondern er mußte in Sibirien bleiben, wo er zwangsweise angeheiratet wurde und mancherlei Beschränkungen durch Polizeivorchriften unterworfen war.

Die zweite Art der Verbannung war die Zwangsansiedlung in Sibirien, die allerdings keinerlei Zwangsarbeit im Gefolge hatte. Die Verbannten mußten in Sibirien in den Gemeinden leben, in die sie verbannt wurden und konnten nach mehreren Jahren auch Gemeindeglieder werden. Sie hatten die Möglichkeit, sich nach Belieben zu beschäftigen und mußten von den Gemeinden ein genügend großes Stück Land erhalten, um sich ernähren zu können. Diese beiden Arten der Verbannung sind die schwersten gemein. Sie erfolgten nur durch Richterspruch und hatten, auch ohne daß dies im Urteil besonders ausgesprochen wurde, den Verlust aller bürgerlichen Rechte zur Folge. Auch alle Vorrechte, wie der Adels-titel usw., wurden durch diese Urteile aufgehoben.

Eine dritte Art der Verbannung ist die einfache Verbannung nach Sibirien ohne Zwangsarbeiten und ohne Zwangsansiedlung gemein. Diese Art der Verbannung ist offenbar jetzt wieder aufgelegt, denn es hat den Anschein, als ob Trotski und seine Gefährten von dieser Art der Verbannung betroffen worden seien, die übrigens auch schon zur Zarenzeit nicht allein Sibirien, sondern auch die entfernteren Provinzen des europäischen Rußlands betraf. Auch die Mitteilung, daß Trotski und Genossen nicht nach einem bestimmten Ort deportiert worden seien, läßt darauf schließen, daß diese dritte Art der Verbannung von den Sowjetführern wieder zu neuem Leben erweckt worden ist.

Als vierte Art kommt endlich noch die sogenannte administrative Verbannung in Betracht, die zur Zarenzeit darin bestand, daß die Verbannten ohne Richterspruch nur auf Befehl der Verwaltung ganz plötzlich nach Sibirien wandern mußten.

Die Schrecken der Verbannung sind von Tolstoi in seinem Roman „Unteruchung“ und von Dostojewski in dem Roman „Aus einem Totenhäuser“ geschildert worden. Bei Tolstoi lernen wir das Brauen kennen, das während der Reise und der Hühnerwanderungen der Verbannten nach Sibirien herrscht, wo Menschen wie eine Viehherde zusammengepackt und getrieben werden.

Frostblüten. Wenn der Erdboden gefroren ist, bilden sich an den bodennahen Stammteilen gewisser Strauchgewächse bisweilen Eisgebilde in Form von Blüten oder feinen Fäden, die man bisher als „Frostblüten“ bezeichnete, ohne jedoch näheres über ihren Ursprung zu wissen. Nach den in der „Umschau“ mitgeteilten Untersuchungsresultaten des amerikanischen Forschers Coblenz kommen nun die Frostblüten dadurch zustande, daß von der Pflanze unmittelbar aus der Erde Wasser angelaugt wurde, und zwar nicht durch die Wurzeln, sondern mit Hilfe feiner, den Haß des Stammes durchziehender Haarröhren, in denen das Wasser indes nicht zu gefrieren scheint. Erst wenn das Wasser wieder aus den Röhren heraustritt, gefriert es und bildet sodann die blütenartigen Formen, die den Stammgrund als „Frostblüten“ umgeben.

Der indische Postkäufer. Tiel in der Bildung der indischen Hjägung ist der „Lopali“, der Postkäufer — eine gebildete Person. Auf dem blauen Reflingsschiff seines Ledergürtels trägt der sonst nackte Burige Namen, Kummur und das gebildete Kennzeichen der Post Hindustans, wodurch er ein Würdenträger der allmächtigen „Garta“, der Regierung, wird. Durch das ganze weite Reich erstreckt sich das Reg der Postkäufer und wird erst langsam von der fortschreitenden Zivilisation durch Postzüge, Kraftwagen usw. ersetzt. Die Strecke, die der einzelne mit seinem Postfuß zu durchlaufen hat, beträgt bis zu 2 Kilometer, und zwei bis dreimal am Tage muß er sie, so schnell ihn keine Füße tragen, durchlaufen können. Wirt er dann am Ziel die Post erreicht, so steht schon der nächste bereit, ergreift den klingenden Schellenstab und beginnt seinen Lauf. Wir kennen diese Beförderungsart in unserem Sportleben als Stafettenlauf. Hier im indischen Reich wird er oft zum bitteren Ernst. Manche wilde Wald- und Dschungelstrecke hat der „Lopali“ auf schmalen, kaum betretbaren Pfaden zu durchlaufen. Ohne jede Waffe, nur eine brennende Fackel in der Linken schwingend, dringt er in das Dunkel der schaurigen Einsamkeit ein. Vor dem Schein der Fackel wendet sich die Schlange fort ins Dicht, und selbst der Tiger schleicht knurrend beiseite. Hat aber doch eine Beute schon einmal Menschenblut gekostet, dann ist es wohl um den unerschrockenen Läufer geschehen, und er fällt, vergessen und ungerührt, ein Opfer seiner Pflicht. Gleich tritt ein nächster in die Dürde und beginnt um färglichen Lohn den Lauf.

Der Offizier.

Von Joseph Adler.

Der Ingenieur Frantisek Wehwasser wollte acht Tage fortbleiben, kam aber schon am vierten unerhofft zurück. Mühen in der Nacht, mit dem letzten Zug und schrecklichen Schmerzen in allen Gliedern. Als er ebenso plötzlich wie ahnungslos in die Schlafstube trat, sprang eine weiße Gestalt aus dem Fenster und die Gattin verlor etwas unter ihrem Bett. Wehwasser trat rasch an das Fenster, steckte den Kopf hinaus und blickte rechts und links. Die Straße war stockdunkel, es regnete in Strömen und Wehwasser konnte nichts entdecken. Er schloß das Fenster, trat an seinen Nachtschrank und drehte die Lampe an. Die Gattin hatte das Deckbett bis über den Kopf gezogen.

Bei meiner Seele —, ich wollte dich nicht überraschen,“ sagte Wehwasser. „Ich habe meine Reise unterbrechen müssen, weil ich plötzlich erkrankt bin. Hast mir das Bett? Hörst du?“

Die Gattin rührte sich nicht. „Du sollst mir das Bett machen, Himmelherrgott!“ fluchte er nun. „Bediene ich einen solchen Empfang? Steh‘ auf! Bei meiner Seele — ich tue dir nichts. Ich würde über die Geschichte lachen, wenn mir nicht so hundertmal zumute wäre. Ich sollte fast um vor Müdigkeit so Schmerzen.“

Endlich schlug die Frau das Deckbett zurück und ihr Gesicht war bleich und schweißbedeckt. Sie wagte nicht, ihren Mann anzublicken, noch aus dem Bett zu steigen, denn sie war völlig nackt. „Bitte,“ flehte sie mit schwacher Stimme, „deck dein Bett selbst auf oder wend das Mädchen. Ich kann nicht. Ich schäme mich.“

Ein Weibchen stand der Ingenieur unschlüssig, dann aber schlug er das Deckbett zurück und schleuderte zwei Kopfkissen an das Kopfende.

„War das Schwein?“ fragte er. „Die überstürzte Flucht wird ihm das Leben kosten. Das wirst du sehen. Es war kein Wagen mehr auf dem Bahnhof und ich mußte zu Fuß gehen. Nicht einen trockenen Faden habe ich auf dem Leib, und der Fiel ist nur mit einem Hemd bekleidet. Eins gegen tausend wette ich, daß er morgen tot ist.“

Frau Wehwasser zog das Deckbett rasch wieder über den Kopf. „Wo wohnt der Narr?“ fragte Wehwasser, und fing an, sich zu verkleiden. Es blieb still unter dem Deckbett.

„Antwort, oder ich weiß nicht, was ich schließlich doch mit dir anfangen, du —“, drohte er, seine Hosen abstreifend. „Wer war der Hofe?“

„Ein Offizier“, klang es in weinerlichem Ton unter dem Deckbett.

„Ein Offizier“, lachte Wehwasser trotz seiner Schmerzen. „Das ist aber lustig. Und seine Uniform? Wo ist die?“

„Unter meinem Bett“, klang die Stimme unter dem Deckbett nach um einen Grad weinerlicher, aber deutlich. „Er hatte ja leider keine Zeit mehr, sie anzuziehen.“

„Der bedauernswerte Hund. Der steht jetzt barfuß und im durchnässten Hemd irgendwo unter einem Torbogen und weiß nicht, was er anfangen soll. Da bin ich betrogener Chemann doch besser dran.“

Er zog das Oberhemd über den Kopf und war nun so nackt — wie sie unter dem Deckbett.

„Wo ist mein Nachthemd, zum Teufel noch einmal“, fragte er. „Ich sehe es nicht. Es liegt doch sonst immer am Fußende.“

„Du mußt dir ein reines aus dem Wäscheschrank nehmen“, schrie die Wademe unter dem Deckbett.

„Ist der Offizier vielleicht in meinem kostbaren Nachthemd geflüchtet?“ Es blieb still unter dem Deckbett.

„Er wird den Tag darin nicht mehr erleben, das weiß ich.“

Wehwasser ging an den Wäscheschrank und begann in dem einen und dem anderen Fach zu wählen.

„Bring‘ mir um Gottes willen, nicht die ganze Wäsche durch-einander“, rief ihm Frau Wehwasser zu. Sie hatte auf einen Augenblick den Kopf hervorgestreckt.

„Was fällt dir ein, du schlechte Person?“ schrie Wehwasser sie an. „Meine erste Frau war auch keine Heilige, aber so etwas habe ich noch nicht erlebt.“

Er hatte ein Hemd gefunden, zog es an, legte sich ins Bett und drehte das Licht aus.

„Ach, ist das schön bei solchem Sommer im Bett“, sagte er, und strampelte vor Vergnügen mit den Beinen. „Hör‘ mir, wie das gischt. Ich will einen Spaten fressen, wenn das arme Luder mit dem Leben davonkommt.“

„Hör‘ auf, um Gottes willen“, bat die Gattin. Ihre Stimme klang jetzt ganz laut. „Sei froh, daß du glücklich bist.“ Sie schämte sich nicht mehr und hatte auch keine Angst mehr.

Die nächste Heimkehr des vertriebenen Offiziers in einem fremden Hemd und ohne Schulden, lachte Wehwasser. „Die

Augen möcht‘ ich gerne sehen, die der Posten machen wird. So oder so. Der schläft nie wieder bei dir oder einer anderen. Gib mir die Hand. Wir wollen, da wir doch Christen sind, ein stilles Gebet für ihr verrichten.“

Ihre Hände suchten sich unter ihrem Decken, und taus zog er sie zu sich, küss die Lippen sie von selbst in sein Bett hinüber.

„Verzeih‘ mir, Frantisek“, bat sie. „Verzeih‘ mir. Es liegt mir nichts an ihm, und wenn er sich den Tod holt, mach‘ ich mir gar nichts draus. Dich liebe ich. Dich! Nur dich!“

„Wie kannst du nur vergessen, daß ich Antimilitarist bin?“

„Ich werde das nie wieder vergessen. Ich schwöre es dir. Aber mach‘ mir keine Vorwürfe mehr. Lieber schlag‘ mich tot!“

Sie schmiegte sich an seine Glieder und ihm wurde wärmer und wärmer.

„Wo hast du Schmerzen, du Kernstier?“ fragte sie ihn.

„Ich habe keine mehr, es ist alles wie weggeblasen.“

„Gott sei Dank. Aber die Uniform, Frantisek, was soll aus der werden?“

„Ich werde sie, wenn ich nach Prag komme, verschachern. Von dem Geld werde ich mir vielleicht einen Kaufschilling oder einige neue Romane — oder sonst etwas kaufen. Wegen der Uniform brauchst du dir den Kopf nicht zu zerbrechen.“

„Du ja, die mußt du verkaufen. Es geschieht ihm ganz recht. Wer braucht überhaupt diese Schmarotzer? Sie kosten ein halbes Geld und obendrein verdrehen sie allen anständigen Frauen die Köpfe. Kamenlich denken, die wochenlang allein leben müssen. Wie ich.“

Jetzt klang nicht nur die Stimme weinerlich, sondern Frau Wehwasser weinte wirklich. Er fuhr mit seiner Hand über ihre nassen Augen.

„Du“, sagte sie, „ich betenne mich wieder einmal ganz zu deinen Ideen, der einziger Mann. Nur du hast recht. Tausendmal recht. Nur die Gewalt der Liebe darf herrschen und keine andere. Du bist ein Apostel. Ein Heiliger. Was du auch siehst? — du siehst es nicht. Du, du!“

Eine halbe Stunde später, vor dem Einschlafen, sagte sie leise: „Gott verzeih‘ ihm, Frantisek. Und in Prag, wenn du von dem Gelde etwas kaufst, vergiß nicht deine kleine Kasse, die ich bin! Ein paar neue feidene Schlupfbüchsen brauch‘ ich so nötig.“

„Rechnen Heiler gehe ich für sein hündisches Soldatenleben“, waren Wehwassers letzte Worte. Er lächelte und begann zu schnarchen.

Agrarcrise und Konsument.

Zuschrift eines schleswig-holsteinischen Bauern.

Die krisenhaften Schwierigkeiten der Landwirtschaft sind nicht nur für diese selbst von einschneidender Wirkung, an ihnen ist auch die großstädtische Verbraucherschaft in außerordentlich starkem Maße interessiert, sie sind für die ganze Volkswirtschaft von großer Bedeutung.

Es kann nicht übersehen werden, daß die Lage des schaffenden Landwirts teilweise recht traurig ist. Man befeilt auch damit die Schwierigkeiten nicht, daß man das Stöhnen für eine Gewohnheit der Landwirtschaft hält und nicht besonders beachtet. In der Tat wehlt heute der Bauer, welcher in der Ernte bis zu 16 Stunden arbeitet, oft nicht, ob sein Verdienst am Jahresabschluss so groß ist, daß er seine Familie notdürftig leiden kann, ohne sich Geld dazu borgen zu müssen.

Die kolossalen Preisschwankungen

für Agrarprodukte in den letzten Jahren sind es in erster Linie, die immer wieder den Verdienst des Landwirts in Frage stellen. Ja sogar bei reicher Ernte zu Verlusten führen kann. Was können wir tun, um diese Mißstände abzustellen?

Die Sozialdemokratische Partei hat ihr Interesse an der Lösung der Agrarfrage und überhaupt an allen landwirtschaftlichen Fragen bereits in ihrer Stellungnahme auf dem Kieler Parteitag und in ihrem Agrarprogramm gezeigt. Es sei hier auf eine wesentliche Forderung des Agrarprogramms hingewiesen: die Förderung der Steigerung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion zur ausreichenden Versorgung der großstädtischen Massen und zur Erhöhung der ländlichen Kaufkraft. Hierdurch kann nicht nur die Volksernährung sichergestellt werden, ohne daß das Geld für Lebensmittelfuhr ins Ausland fließen muß, sondern es wird auch der Binnenmarkt für die Industrie wesentlich erweitert und die Lage der Landwirtschaft gebessert. Ob die 14 Millionen Menschen, die auf dem Lande leben, ihren Lebensbedarf im vollen Umfange kaufen können oder Schulden machen müssen, ist auch der Arbeiterfrage nicht gleichgültig.

Eine weitere Forderung des sozialdemokratischen Agrarprogramms, die für den Landwirt von entscheidender Bedeutung ist, ist das Verlangen nach besserer Regelung des landwirtschaftlichen Absatzes und vor allem die Stabilität der Preise auf einer Höhe, die dem Produzenten auch die Frucht seiner größtenteils schweren Arbeit läßt. Zur Verwirklichung dieser Forderung hat die Sozialdemokratische Partei es für notwendig, die landwirtschaftliche Preispolitik durch staatliche Maßnahmen sicherzustellen.

Damit decken sich die Forderungen des sozialdemokratischen Agrarprogramms mit den Wünschen der schaffenden Landwirtschaft so genau, daß man eigentlich nicht einseht, weshalb Arbeiter und Bauern nicht auch in der Öffentlichkeit Hand in Hand gehen im Kampf um ein menschenwürdiges Dasein.

Es ist wiederholt von landwirtschaftlicher Seite die Schaffung einer landwirtschaftlichen Gewerkschaft oder Genossenschaft gefordert worden, die die landwirtschaftliche Preisbildung so regulieren soll, daß dem Landwirt kein Aufwand erspart wird und ihm die Mittel zur Verbesserung seiner Wirtschaft und zur Fortausbildung seiner Kinder bleiben. Zu diesem Zweck erwägt man auch die Gründung eigener großer Schweinefleischhöfe, die auf dem Schweinemarkt für katastrophale Preisstürze, wie wir sie in den letzten Monaten erlebt haben, vermeiden und zur Verbilligung der Verarbeitungskosten beitragen sollen. Auch eine Menge anderer Abhilfemaßnahmen wird von der Landwirtschaft zurzeit erwohnt.

Solche produktionsfördernde Pläne der Landwirtschaft müssen doch dem ganzen Volke und der ganzen Wirtschaft

annehmer sein als die wohlklingenden Sanierungspläne Hugenbergs,

Schlange-Schöningens und des Freiherrn von Richthofen. Was nützen Zinsverbilligungen und damit neue Belastungen der Steuerzahler, wenn die Schulden der Landwirtschaft weiter wie in den letzten vier Jahren um 1 1/2 Milliarden jährlich steigen. Dann kann der Staat jedes Jahr mehr Zinsverbilligungen zahlen. Dadurch werden die Betriebe nicht rentabler. Was der schaffende

Landwirt dagegen mit Recht verlangen kann, das ist eine gleichmäßige und angemessene Bezahlung seiner Erzeugnisse, für die er in den letzten Jahren vielfach nicht einmal die Gesteuerkosten bekam. Die Zeit ist zu ernst und das Geld zu knapp, um mit Kopfschütteln zu experimentieren. Man soll doch bei wirtschaftlicher Vernunft bleiben und eine Lösung suchen, die das Hebel an der Wurzel packt und den Bauernhof rentabel macht. Dann kann er auch Steuern und Schulden bezahlen. Die große Masse der Verbraucher wird einer stabilen landwirtschaftlichen Preispolitik zustimmen können, wenn ihr Interesse dabei gewahrt bleibt.

Hier müssen sich zwei arbeitende Stände die Hand reichen,

anstatt sich zum Nutzen einer kleinen Ausbeuterclique zu zerstreuen. Der Bauer ist anders, er lebt und denkt anders als der Arbeiter. Das ist natürlich und wird immer so bleiben. Man muß aber gegenseitig Achtung voneinander aufbringen. Beide haben den Willen, angemessenen Lohn für ihrer Hände Arbeit zu erlangen. Wer sollte ihnen widerstehen, wenn sie diesen Kampf gemeinsam ausfechten?

Soweit die Zuschrift des schleswig-holsteinischen Bauern, eines erfahrenen praktischen Landwirts, der nicht der Sozialdemokratie angehört.

Wir haben ihr nichts hinzuzufügen. Sie zeigt, wie zahlreiche ähnliche Zuschriften, ein wie starkes Echo und eine wie weitgehende Zustimmung das sozialdemokratische Agrarprogramm bei den deutschen Bauern gefunden hat. In der Tat sind bei beiden in der Zuschrift erwähnten Forderungen der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Preisstabilisierung Kernprobleme aller modernen Agrarpolitik. Es kann kein Zweifel sein, daß durch Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nicht nur Einkommen und Kaufkraft der schaffenden Landbevölkerung wesentlich erhöht und damit auch der Absatz von Industrieerzeugnissen an die Landwirte verstärkt würde, was wieder Hunderttausenden von Arbeitslosen Arbeit gäbe.

Zu dieser für die Gesamtwirtschaft entscheidend landwirtschaftlichen Produktionssteigerung hat die Agrarpolitik der Rechten und des Landbundes nichts beigetragen. Die in den letzten Jahren von der Landwirtschaft unter ihrer großagrarischen Führung aufgenommenen Milliardenkredite sind nur zu einem geringen Teil zur Produktionsförderung verwendet worden, da die Führung der Landwirtschaft es nicht verstanden hat, diese Kredite an die richtige Stelle zu leiten und durch großzügige Organisation für Rationalisierung in der Landwirtschaft zu sorgen. Auch auf allen anderen Gebieten der landwirtschaftlichen Produktionsförderung, so vor allem in der Förderung des landwirtschaftlichen Unterriktensens für die bäuerliche Bevölkerung, hat die Rechte vollständig versagt.

Sanz besonders hat sich die Zollpolitik der Rechten als durchaus fallsch und unfruchtbar erwiesen. Für den auf lange Sicht arbeitenden Landwirt ist nichts notwendiger als ein stabiler Preis für seine Erzeugnisse. Die 1925 zur „Reinigung“ der Landwirtschaft wieder eingeführten Zölle haben aber weder im Herbst 1925 einen für die Landwirtschaft katastrophalen Preissturz, noch im letzten halben Jahr eine die Verbraucherseite schwer belastende Betriebsverteuerung verhindert können. Nur das Risiko und die Gewinne des Zwischenhandels sind durch dieses maßlose Auf und Ab der Preise auf Kosten des Erzeugers und Verbrauchers vergrößert worden.

Die Sozialdemokratie hat im Interesse der stabilen Preisentwicklung im Februar 1927 eine Aufhebung der Roggenzölle bis zur neuen Ernte beantragt. Die Rechte hat diesen Antrag niedergestimmt und dadurch gezeigt, daß sie das ernste Bedürfnis der Landwirtschaft nach stabilen Preisen vollständig verkennt. Immer weitere Kreise der landwirtschaftlichen Bevölkerung kommen daher zu der Erkenntnis, daß die Interessen der schaffenden Landwirtschaft und des Arbeiters und Konsumenten durchaus solidarisch sind.

Arbeiter und Bauern müssen daher, wie dies in der obigen Zuschrift gesagt wird, Hand in Hand gehen im Kampf gegen Ausbeutung, gegen Armut, für ein menschenwürdiges Dasein!

zur Durchsetzung der erhöhten Löhne hier und dort Lohnkämpfe nötig seien. Ein Vertreter des Handwerks widersprach der Auffassung des Vertreters der Industrie mit der Begründung, daß die Erhöhung der Löhne im Baugewerbe eine weitere Verteuerung des Bauens zur Folge hätte. Allgemein wurde gewünscht, daß das Reich an Stelle der Länder wieder Träger der Wohnungspolitik werden möchte.

Ueberraschend an dieser Diskussion ist die Handwerkerforderung zu höheren Löhnen. Die wirtschaftspolitische Orientierung dieser Wirtschaftsgruppe spielt bei nichts weniger als dem besten Willen die ersten Schabernack. Die Synagoge dieser Gruppe scheinen die Stimmung bei ihren Mitgliedern herzlich wenig zu kennen. Hausbesitzer und handwerklicher Mittelstand — wie selten trifft das heute noch zusammen!

Rebellierende Gutspächter in Ostelbien. Feststellungen im preussischen Landtag.

Man ist es von der ostelbischen Landwirtschaft gewohnt, daß sie mit scharfer Tonart und scharfmacherische Methoden lebt. Das scheint auch für manche Kreise unter den Guts- und Domänenpächtern zu gelten. So wurde in den letzten Tagen von vorpommerschen Gutspächtern gemeldet, daß sie den Streik proklamieren wollen. In Putbus an Rügen, wo der Herd der Bewegung zu liegen scheint und in der hauptsache Pachtgüter der Fürsten Putbus bewirtschaftet werden, wurde der bezeichnende Beschluß gefaßt, nicht nur die Pacht zu stillzulegen, sondern vor allem alle freien, nicht in Deputatskassen stehenden Arbeiter zu entlassen. Zweihundert Gutspächter sollen sich dem Streik angeschlossen haben. Als Gründe für die Maßnahmen werden die Folgen der Unwetterkatastrophen, die schlechten Ernteergebnisse, die Unmöglichkeit der Kreditbeschaffung angegeben. In Redenburg-Schmerlin haben die Domänenpächter der Pachtbriefe Hagenow zu Protokoll gegeben, daß sie unter den heutigen Verhältnissen die Pacht- und Grundbesitzer nicht mehr zu leisten vermögen. Sie wollen aber die Pachtungen weiterführen, den Arbeitern die Löhne zahlen und die jälligen Handwerkerrechnungen begleichen.

Sicher ist die Lage der Gutspächter im allgemeinen keine andere als die der übrigen Landwirtschaft, die in der Tat in den nordöstlichen Gebieten durch die Wetterkatastrophen besonders gelitten hat. Auf der anderen Seite ist aber gerade für die Gutspächter in den letzten Jahren ziemlich viel geschehen, und der preussische Landwirtschaftsminister Steiger hat jetzt weitere staatliche Hilfsmaßnahmen, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Lage der Pächter, angekündigt.

Darüber kann aber kein Zweifel sein, daß besonders die Putbuscher Pächter das Erlaubte und Zulässige mit ihren Drohungen weit überschritten, und daß sich alle Maßnahmen, die sie angekündigt haben, an ihnen selbst rächen müssen. Auch im preussischen Landtag wurde jetzt festgestellt, daß von einer allgemeinen Not, insbesondere bei den Domänenpächtern, nicht gesprochen werden könne. Gutspächter zahlen in Ostelbien und Pommern nur 75 Proz. Pacht, Gutspächter nur 80 Proz. der Pachtrenten. Unter guter Betriebsleitung sei, das beweise ein Besuch des Pachtgutes Neu-Regentin, auch eine rentable Pachtwirtschaft möglich. Kennzeichnend für den vielfach auch bei ostelbischen Pächtern herrschenden Geist ist die Feststellung, daß in der Domäne Drosdoven eine schwangere Arbeiterfrau vom Oberinspektor im Galopp umgeritten wurde, so daß sie sich dreimal überschlug. In den Verträgen mit Arbeitern werde Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft immer noch als Entlassungsgrund vermerkt. Auf Domänengrundstücken, beispielsweise in Kuttzar (Schles.), wurden Strahlhelmsche mit der Tendenz gegen die Republik gefeiert.

Es mag sich hier um Einzelfälle handeln, und wir sind die letzten, die sie veralgemeinern. Auf der anderen Seite aber, das beweisen alle Erfahrungen, ist mit dem alten Agrariergeist, der leider auch auf den Pächterhöfen vielfach herrscht, die Unfähigkeit zu solider Betriebswirtschaft meist verbunden, und die ernstesten Bemühungen des Staates und der Selbsthilfe der Pächter verfehlen bei solchem Geist ihre Wirkung.

Siemens und A.G. sind Konkurrenten; aber in der letzten Zeit wird ihr Zusammengehen immer häufiger. Der Siemens- und A.G.-Konzern unterhielt bereits seit einigen Jahren eine Arbeitsgemeinschaft mit den Eisenbahnsignalbauwerken Max Jüdel, Salmha, Bruchsal L.G. in Braunschweig zur gemeinsamen Ausnutzung von Patenten und Erfahrungen im Eisenbahnsicherungswesen. Die Jüdel L.G. hat sich in den letzten Jahren durch verschiedene Fusionen zum führenden Unternehmen im Signalbau entwickelt und ihr Aktienkapital, das jetzt 10,2 Millionen Mark beträgt, seit dem Frühjahr 1926 verdoppelt. Auf der außerordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft wurde der Beschluß gefaßt, sich mit Siemens und der A.G. an der neu gegründeten Vereinigte Eisenbahnsignalwerke G.m.b.H. in Berlin zu beteiligen. Das Kapital dieser neuen Gesellschaft beträgt 12 Millionen, von denen jedes der drei Unternehmen 4 Millionen Mark übernimmt. Sämtliche Anlagen und Vorräte der Eisenbahnsicherungsabteilungen werden von den drei Teilhabern in die G.m.b.H. eingebracht.

Damit sind die führenden deutschen Signalbauwerke in einer Hand zusammengefaßt. Die noch freien Werke sind diesem Unternehmen gegenüber von untergeordneter Bedeutung.

Das Braunkapital wagt keine hellsten Güter! Der Generaldirektor der Schultheiß-Bahnhofen-Konzerns Dr. Erdberheim rüft das Braunkapital und die gesamte deutsche Wirtschaft zum Verteidigungskrieg gegen die Pläne der Gemeinden auf. Ein Rundschreiben des Präsidenten des Deutschen Städtetages, das zur Schaffung neuer Einnahmequellen eine erhöhte Belastung des Getreidekonsums empfiehlt, ist ihm sehr auf die Nerven gefallen. Denn Profit und Dinstanden sind bedroht. Daß diese neuen Kommuneinnahmen der Wohlfahrtspflege zuzuführen seien und Herr Müller sich bei seinen Plänen der Unterstützung der Abstammungsverbände bedienen will, hält Herr Erdberheim für besonders gefährlich, was bei keiner Einstellung zur Abkündigungsbewegung verständlich erscheint. Ob Ministerien, Parlamente und öffentliche Meinung, die er als anruft, ihm die erhoffte Unterstützung zuteil werden lassen, möchten wir bezweifeln.

Neuer südafrikanischer Lokomotivkauf für Deutschland. Von der großen südafrikanischen Auslieferung auf 120 Lokomotiven wurden im vergangenen Monat 90 an die deutsche Lokomotivindustrie vergeben, während für den Rest eine neue Ausschreibung zum 3. Januar festgelegt wurde. Diese Maßnahme der südafrikanischen Eisenbahnverwaltung war auf das Betreiben britischer Werke zurückzuführen, die ihre Konkurrenz nach einmal durchprüfen und sich den zweiten Auftrag unter allen Umständen sichern wollten. Wie jetzt aus Kapstadt gemeldet wird, haben auch diesmal die beteiligten deutschen Lokomotivwerke den Zuschlag erhalten, obwohl auch die ausländische Konkurrenz ihre Angebote weitgehend erniedrigt hatte. Eine englische Firma soll sogar ein Angebot zum Selbstkostenpreis eingeworfen, also auf jeglichen Gewinn verzichtet haben, konnte sich aber trotzdem nicht gegen die deutschen Lieferbedingungen behaupten. Damit ist es der deutschen Industrie gelungen, innerhalb eines Jahres sechs bedeutende Aufträge für die südafrikanische Eisenbahnverwaltung zu erhalten.

Systematisierung des Kraftwerkbau bei der A.G. Der A.G.-Konzern hat für die einheitliche Durchführung von Gesamtanlagen der Kraftzeugung eine neue Organisation geschaffen. Er folgt damit offenbar dem Vorhaben des Siemenskonzerns, der schon seit Jahren in der Siemens-Bauunion G.m.b.H. eine ähnliche Organisation besitzt. Mit der Julius Berger Tiefbau A.G., Berlin, der Dredgehoff u. Widmann A.G., Bielefeld, der Hochfeld A.G., Essen, der Firma Potensky u. Jöller in Dresden, der Weich u. Freytag A.G., Frankfurt, hat sie eine Bauverbands-A.G. gegründet, deren Zweck es ist, Kraftwerke und elektrische Anlagen nach einheitlichen Grundgebanten durchzuführen. Das Aktienkapital beträgt 1,2 Millionen Mark, das unter die sechs Beteiligten zu gleichen Teilen verteilt wird. Offenbar soll die Bauverbands-A.G. als Kontrahent bei der Vergabe der Gesamtaufträge für Kraftwerke und Bahnbauten auftreten, wobei nicht nur die Projektierung von vornherein einheitlicher und mit geringeren Kosten erfolgen kann, sondern auch die Durchführung sämtlicher Beteiligten Erparnisse zu sichern vermag.

Ein Mitglied des Dames-Ausschusses über die deutsche Wirtschaftslage. In einer Ansprache im Klub der amerikanischen Exporteure und Importeure erklärte das ehemalige Mitglied der Dames-Kommission, George Auld, Deutschland sei weder von einer Inflation bedroht noch zähle es Reparationen aus den in Amerika aufgenommenen Anleihen, ebensowenig dürfe von einem Beschluß des Dames-Komitees gesprochen werden. Es werde sich jedoch die Ansicht festsetzen, daß die gegenwärtige Besserung der deutschen Wirtschaftslage nur eine zeitweilige Erscheinung sei.

Der Münchener Oberbürgermeister für Auslandsangelegenheiten zum Wohnungsbau. Der der Bayerischen Volkspartei angehörende Oberbürgermeister Schornal von München hat ebenfalls gegen die Schabernack-Behauptungen über Augsburg, daß die Gemeinden privilegiert und zur Finanzierung des hiesigen Wohnungsbauamarktes nachdrücklich gefordert, daß Auslandsanleihen zur Vertiefung des inländischen Kapitalmarktes für den Wohnungsbau offiziell genehmigt werden müssen.

Wohnungsbau und Spitzenverbände.

Eine Besprechung im Arbeitsministerium — Arbeiterschaft gegen Mieterhöhung.

Am 12. Januar fand im Reichsarbeitsministerium mit den Vertretern der Wirtschaftsverbände, der gewerkschaftlichen Spitzenverbände und der hauptberuflichen Unternehmer- und Arbeiterverbände eine Aussprache über die Finanzierung des Wohnungsbau im Jahre 1928 statt. Die Aussichten für die weitere Förderung der Bauwirtschaft und die Behebung der Wohnungsnot sind nach den Mitteilungen der Vertreter des Ministeriums außerordentlich trübe. Zur Erbauung der gleichen Zahl von Wohnungen wie im Jahre 1927 fehlen sehr erhebliche Mittel.

Von gewerkschaftlicher Seite wurde verlangt, daß das Reich der Entwicklung der Dinge nicht fatalistisch zusehe, sondern zur Überwindung der Schwierigkeiten die Initiative ergreife. Es müsse die Aufstellung eines Wohnungsbauprogramms verlangt werden, das die Beseitigung der Wohnungsnot wenigstens im Laufe der nächsten zehn Jahre sichere. Dazu sei jährlich die Erbauung von 300 000 Wohnungen notwendig. Die Mittel zur Bewältigung eines solchen Programms müßten unter allen Umständen beschafft werden. Die Hauszinssteuer müsse zu diesem Zwecke restlos ausgeschöpft werden. Daneben sei die Heranziehung ausländischer Kapitalien und die Inanspruchnahme aller verfügbaren inländischen Kapitalquellen notwendig, schon um durch das Baugewerbe anregend auf die übrige Wirtschaft zu wirken und der immer stärker werdenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Von industrieller und handwerklicher Seite wurde die Zurückbildung der Wohnungsbauwirtschaft und die Erhöhung der Löhne (4) verlangt und das Ziel aufgestellt, die Mieten in den Mietwohnungen allmählich den Mieten in den Reimwohnungen dem Reibaufkosten anzugleichen.

Dem wurde von gewerkschaftlicher Seite auf das Schärfste widersprochen mit der Begründung, daß höhere Mieten für die Arbeiter bei den heutigen Löhnen nicht tragbar seien, und daß außerdem auch keine Aussicht bestünde, daß im Falle einer Mieterhöhung die höheren Erträge auch wirklich voll zur Förderung des Wohnungsbau verwendet würden. Von industrieller Seite wurde erklärt, daß die Industrie im Falle einer Mieterhöhung mit einer entsprechenden Erhöhung der Löhne rechne, wenn auch wahrscheinlich

